

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Immer größer?

© NAWARO BioEnergie AG

Schwerpunkt

Biogasanlagen werden immer größer, trotz schlechter Ökobilanzen. Die Investoren sind Kapitalanleger. Landwirte werden zu Rohstoffproduzenten. Die Idee „Energie vom Bauern“ droht zu scheitern. **Seiten 11-14**

Staffelung

Die EU-Kommission will eine Staffelung einführen. Was mit dem gesparten Geld geschieht bleibt unklar. Vor allem bei ostdeutschen Betrieben werden Einschnitte erwartet. In der Politik regt sich deshalb Widerstand. **Seite 4**

International

Agrarförderung orientiert sich an den Bedürfnissen der Bauern. Sie gleicht regionale Unterschiede aus und sorgt für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft. Ein Blick nach Norwegen zeigt, dass dies möglich ist. **Seiten 16-17**

Die Seite 3

Der kurze Weg vom Raps zum Kohl 3
Warum gentechnisch veränderte Rapssaat aus dem Verkehr muss

Agrarpolitik

Kommission schlägt Staffelung vor 4
Staffelung oberhalb von 100.000 Euro und Erhöhung der Modulation

Ver(sch)wendung von Schlachtabfällen 5
Über Einsatz von Tiermehl als Futter muss neu diskutiert werden

Milch/Märkte

Im Gespräch mit Romuald Schaber 6/7
Fragen und Antworten zum Milchpreis

Weniger Solidarität 10
Unfallversicherung für immer weniger Bäuerinnen und Bauern

Bewegung

Von Sonne, Wind und Wasser 8
Hermann Scheer in Niedermöllrich

Iss was? 8
Filmfestival rund um das Thema Ernährung und biologische Vielfalt

Schwerpunkt

Biogas, die Energie vom Bauern? 11
Die Änderung des EEG stellt die Weichen für die Zukunft

Die Maßschneider der Branche 12
Die maßgeschneiderte Biogasanlage hat weiterhin Zukunft

Wachsende Kritik an Agrofuels 14
Umdenken bei Förderung gefordert

Nachbau

Alte Ausforschung im neuen Kleid 15
Bundesministerium legt Nachbaugesetzesentwurf vor

International

Eine Planwirtschaft in der Marktwirtschaft 16/17
Norwegen gelingt die Förderung einer kleinbäuerlichen, regionalen Landwirtschaft

Der Kaffee für den täglichen Aufstand 18
Solidarischer Handel unterstützt ein politisches System in Mexiko

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Michael Bitsch und Johannes Deventer, Seite 9; Leserbrief; Ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23;

Inhaltsverzeichnis

Auf den ersten Blick scheint im Bereich der erneuerbaren Energien eitel Sonnenschein zu herrschen. Die Branche boomt, über 200.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen, an mehreren Universitäten werden zum kommenden Wintersemester neue Studiengänge für regenerative Energien eingerichtet, und das BMU jubelt im Erfahrungsbericht zum EEG, dass bis Ende 2007 ca. 14 Prozent des Bruttostromverbrauchs in Deutschland aus erneuerbaren Energien stammen werden, somit das Ziel, 12,5 Prozent bis 2010, bereits jetzt übertroffen wurde.

Dennoch lohnt sich ein kritischer zweiter Blick, denn nicht alles was glänzt, ist bekanntlich Gold. Als Beispiel mag die Entwicklung im Bereich Biogas dienen: Über 3.500 Anlagen mit ca. 700 MW elektrischer Leistung gibt es inzwischen in Deutschland. Der Trend geht zu immer größeren Anlagen, in letzter Zeit meist größer als 500 kW. Das bedeutet, dass hauptsächlich Energiepflanzen, v. a. der nicht unproblematische Mais als Substrat eingesetzt werden. Gülle spielt eine immer geringere Rolle. Somit bleibt ein enormes

**Kommentar****Die Chance nutzen**

Potential ungenutzt, da kleinere Anlagen, wie sie für die meisten runderhaltenden Betriebe passend wären, unter den momentanen Bedingungen kaum gebaut werden. Und

das, obwohl die entstehende Wärme normalerweise im Betrieb genutzt werden kann, keine langen Transportwege des Substrates zum Fermenter sowie des Gärrestes aufs Feld notwendig sind, und eine dezentrale Energieversorgung große Chancen für bäuerliche Betriebe und die Regionalentwicklung bieten würde. Im Gegenteil, bei vielen der Großprojekte sind die Bauern lediglich die Rohstofflieferanten, ohne großen Einfluss auf die Preisgestaltung. In einigen Regionen konkurrieren sogar nicht mehr nur Nahrungs- und Futterproduzenten mit Biogasbetreibern um die Flächen, sondern die Biogasbetreiber kommen sich bereits gegenseitig in die Quere.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, umfassender über einen vernünftigen und sparsamen Umgang mit der Energie, auch bei ihrer Erzeugung, nachzudenken. Energie, selbst wenn sie aus sog. regenerativen Quellen stammt, bleibt endlich und muss in Zukunft für immer mehr Menschen ausreichen. Das vielstrapazierte Wort Nachhaltigkeit trifft den Sachverhalt wohl am besten. Betrachtet man nur die nackten Zahlen, mag es zunächst billiger scheinen, Bioethanol aus Brasilien zu beziehen, um ein weiteres Beispiel zu nennen. Wenn dafür jedoch Urwald gerodet wird, oder noch schlimmer, Menschen von ihrem kleinen Stück Land vertrieben werden, welches ihre Existenzgrundlage bildet, dann ist dies sozial und ökologisch indiskutabel, einmal abgesehen vom Transportweg.

Wir müssen einfach lernen, Abläufe oder (Produktions-) Methoden, nicht nur nach rein wirtschaftlichen Daten, sondern umfassender und volkswirtschaftlich sinnvoller nach sozialen, ökologischen oder entwicklungspolitischen Kriterien zu beurteilen. Dazu muss es selbstverständlich werden, Ökobilanzen zu berücksichtigen oder zu erstellen, nicht nur im Bereich Energie, sondern auch in der übrigen Wirtschaft, wozu natürlich die landwirtschaftliche Produktion zählt. Forschung und Entwicklung in vielen Bereichen müssen verstärkt werden, z. B. braucht es Energiepflanzen für die verschiedensten Einsatzgebiete – und zwar ohne Gentechnik –, alternative und schonende Anbaumethoden für nachwachsende Rohstoffe, Biogasgewinnung aus Gülle in kleinen Hofanlagen, Wärmenutzungskonzepte bei der Biogasproduktion usw. Die Politik muss dafür den Rahmen schaffen. Eine Möglichkeit bietet sicherlich die Novelle des EEG, die für 2008/2009 geplant ist. Im Biomassebereich würden beispielsweise die Einführung einer besseren Einspeisevergütung für kleinere Biogasanlagen (unter 50 kW), die Verpflichtung zu einer Wärmenutzung bei neuen Biogasanlagen, die Gewährung des Bonus für Kraft-Wärme-Kopplung auch für Altanlagen oder die Definition von Umweltauflagen bei der Erzeugung von Biomasse wichtige Impulse geben in Richtung einer effizienten und nachhaltigen Energieproduktion und -nutzung.

Wir stehen am Anfang eines neuen Energiezeitalters. Wir haben die Chance, bei den neuen Energiequellen die alten Fehler nicht mehr zu machen. Auch wenn dem sicherlich viele mächtige Interessen entgegenstehen – die Chance haben wir!

Elisabeth Waizenegger,
stellvertretende AbL-Bundesvorsitzende

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Abowerwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Der kurze Weg vom Raps zum Kohl

Warum gentechnisch veränderte Rapssaat aus dem Verkehr muss

In Rapssaatgut der Deutschen Saatveredelung AG (DSV) wurden Verunreinigungen mit gentechnisch verändertem Raps festgestellt. Das ergaben Kontrolluntersuchungen des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministeriums Ende August. Betroffen sind nach Meldungen der DSV 800 Einheiten à ca. 10 kg der Sorte Taurus, die bundesweit als besonders ertragreich gilt. Auch die Öko-Sorte Oase ist betroffen. Für mehr als 70 Betriebe kamen die Ergebnisse zu spät. Auf etwa 1.500 Hektar in Hessen, im Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern hatten sie das verunreinigte Saatgut bereits ausgesät. Nicht ausgesäte Einheiten wurden von der DSV umgehend zurückgerufen.

Sensibler Grenzwert

Fatal ist die Forderung der DSV, die Schwelle für tolerierte GVO-Anteile im Rapssaatgut auf 0,1 Prozent anzuheben. Dann hätten Bauern und Bäuerinnen die Verunreinigung, die etwa 0,03 Prozent betragen soll, ertragen müssen, ohne etwas davon zu erfahren. Das hätte die unterschwellige Verunreinigung sämtlichen Rapssaatgutes und damit auch Saatgut seiner potenziellen Kreuzungspartner mit GVO-Konstrukten zugelassen. 0,1 Prozent mag wenig klingen, bedeutet aber, dass alle 20 Quadratmeter rechnerisch eine gentechnisch veränderte

Rapspflanze wachsen würde. Raps hat eine hohe Vermehrungsrate, eine einzige Pflanze bildet etwa 500 Samen. Im Fall der gentechnisch veränderten Pflanze würden alle die gentechnisch veränderten Merkmale tragen und somit das Auskreuzungsrisiko in den kommenden Jahren enorm vergrößern.

Viele Kreuzungspartner

Betroffen sind nicht nur Bauern sondern auch GärtnerInnen und Millionen von KleingärtnerInnen. Raps kann direkt in artgleiche Kreuzblütler wie Steckrüben, Hederich, Ackersenf und Scheerkohl einkreuzen. Über die Wildart Hederich als Brücke können gentechnische Veränderungen wieder in Radieschen einkreuzen. Da Raps ein enger Verwandter aller Kohlvorarten wie Wirsing, Brokkoli, Grünkohl oder Rosenkohl ist, kann sogar hier eine

Auskreuzung nicht ausgeschlossen werden. Reines Saatgut ohne GVO-Anteile wäre mittelfristig nicht mehr verfügbar, würde der Grenzwert für GVO-Verunreinigungen im Saatgut angehoben werden. Erfahrungen mit dem Anbau in Kanada und den USA zeigen, wie hoch das Verunreinigungsrisiko ist. Der gentechnisch veränderte Rapsanbau hat dazu geführt, dass praktisch kein gentechnikfreies Saatgut aus Kanada mehr bezogen werden kann. Der Verlust gentechnikfreien Saatgutes verhindert die Wahl, sich gentechnikfrei ernähren zu können.

Schnelle Information

Erfreulich ist, dass das Ministerium in NRW sofort alle betroffenen Länderministerien informiert hat und es eine

siko, dass vereinzelt gentechnisch veränderter Raps keimt und sich vermehren kann.

Keiner will Schuld sein

Den Schaden bezifferte die DSV auf mindestens eine halbe Million Euro. Anfangs hat die DSV den Medien gegenüber dargestellt, dass sie die Haftung übernehme. Doch jetzt ficht sie ihre Haftungspflicht an und beklagt, die Ministerien hätten verfrüht und übertrieben gehandelt. Zudem fordert die DSV eine „B-Probe“, aber auch ein weiteres negatives Ergebnis macht den positiven Befund aus NRW nicht wett. Es liegt in der Natur der Sache, dass es bei geringfügigen Verunreinigungen eben auch nur wenige Positivbefunde gibt. In jedem Fall darf die Haftungs-

und ein Monitoring umgesetzt bzw. mindestens 20 Jahre betrieben werden. Das heißt: Alle Flächen müssen über mehrere Jahre auf das Vorkommen von gentechnisch verändertem Raps und verwandten Kreuzungspartnern untersucht werden und zwar wenigstens in einem Umkreis, der von Bienen befliegen wird. Es muss berücksichtigt werden, dass Rapspollen in Freilandversuchen, die von der britischen Regierung in Auftrag gegeben wurden, noch in einer Entfernung von 26 km zur Pollenquelle nachgewiesen wurde.

Schleichende Verunreinigung

Die aktuellen Verunreinigungen machen deutlich, dass die Bundesregierung die gentechnikfreie Saatguterzeugung aufs Spiel setzt, indem sie mit dem An-

fang August vom Kabinett verabschiedeten Gentechnikgesetzentwurf Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen erleichtern will. Unbedingt erforderlich sind strenge Sicherheitsauflagen, auch bei der Nachkontrolle, und frühere Informationspflichten gegenüber gewerblicher, privater und gemeinnütziger Saatgutvermehrung. Zusätzliche Kosten, die betroffenen gentechnikfrei arbeitenden SaatguterzeugerInnen durch Prüf- und Vorsorgemaßnahmen entstehen, müssen von Gentechnik-AnwenderInnen oder aus öffentlichen Mitteln ersetzt werden.



Wo ist der Raps? Wo sind die Samen?

Foto: Redaktion

schnelle Rückrufaktion in Kooperation mit der DSV gab. Die zuständigen Ministerien haben sich inzwischen auf Maßnahmen zur Beseitigung geeinigt: Zusammengefasst müssen betroffene Bauern und Bäuerinnen den Raps, sobald er vollständig aufgekeimt ist, entweder mit Roundup abtöten oder mechanisch beseitigen. Raps darf nicht direkt nachgebaut werden und in der Folgefrucht muss auflaufender Raps mit Herbiziden abgetötet werden. Die Ministerien gehen davon aus, dass in diesem Jahr aufgrund der nassen Witterungsverhältnisse, das Rapssaatgut zu 100 Prozent keimt... aber jeder Bauer weiß: 100 Prozent gibt es nicht! Deshalb ist es fatal, dass die Ministerien schon im Folgejahr den Rapsanbau wieder erlauben. Rapssaatgut kann 15 bis 20 Jahre lang keimfähig im Boden überdauern. Solange besteht das Ri-

frage nicht auf dem Rücken der betroffenen Betriebe ausgetragen werden.

Ursachenforschung

Zur Vermeidung weiterer Pannen muss geklärt werden, wie es zu der Verunreinigung kam. In Europa ist bisher keine gentechnisch veränderte Rapssorte zum Anbau zugelassen. Die Freisetzungsversuche mit gentechnisch verunreinigtem Raps in den 90-er Jahren können eine mögliche Ursache für die Verunreinigung sein, so DSV-Vorstand Christian Lücke. Welche Konsequenzen werden daraus gezogen? Als erstes und umgehend muss der aktuelle Versuch mit gentechnisch verändertem Raps in Groß Lüsewitz in Mecklenburg-Vorpommern abgebrochen werden. Zumindest jetzt müssen sämtliche Freisetzungs- und Sortenversuchsflächen der 90-er Jahre öffentlich gemacht werden

Bedrohung Futtermittel

Die EU hat im März 2007 gentechnisch veränderte Rapsorten für die Einfuhr zur industriellen Verarbeitung und als Tierfutter zugelassen. Dieser Raps darf als ganzes Korn eingeführt werden! Auf dem Transportweg können jedoch unzählige der kleinen, leichten Körner verloren gehen, keimen, blühen, ihr Pollen kann von Bienen theoretisch zu zehn Kilometer entfernten Rapsfeldern, verwandten Garten- und Wildarten getragen werden und dort einkreuzen. Es stünde der Bundesregierung gut an, sich Ländern wie Österreich anzuschließen und zum Schutz des gentechnikfreien Rapsanbaus ein nationales Einfuhrverbot für gentechnisch veränderte Rapsorten zu erlassen.

Siegrid Herbst

TOP 33 der Schlachtmultis

Die dänische Branchenvereinigung Danske Slagterier hat die 33 weltweit größten Schweine-Schlachtunternehmen aufgelistet (in Klammern die Zahl der jährlichen Schlachtungen in Mio.): An erster Stelle rangiert die amerikanische Smithfield Foods mit 30 Millionen, gefolgt von den europäischen Konzernen Danish Crown (22) und VION (19). Auf den Plätzen 4 bis 6 stehen die US-Unternehmen Tyson Foods/IBP (17), Cargill/Excel/Seara (10,4) und Friboi/Swift (10). An deutschen Schlachtkonzernen sind vertreten: Tönnies auf Platz 7 (10), Westfleisch/Barfuss auf Platz 11 (5,4) und D&S auf Platz 21 (2,6). Ziemlich weit vorn auch die kanadischen Unternehmen Olymel und Maple Leaf auf Rang 8 und 9 (mit 8 bzw. 7 Mio.), außerdem weitere US-Firmen (Hormel Foods, Seaboard, Indiana Packers, Sara Lee, Triumph Porc) und drei brasilianische Schlachtereien (Sadia, Perdigao, Aurora).

Als weitere europäische Unternehmen sind dabei: Cooperl, Socopa, Soviba/Arca, Floch et Marchand und die Groupe ABC aus Frankreich, die Grampian Country Foods aus England, die Swedish Meat aus Schweden, die Firmen Vall Company/Frimancha, ElPozo und Batalla-Juia aus Spanien, die dänische Tican sowie die italienische Bertana-Ghinzelli-Virgilio.

Aus China dabei: Ng Fung Hong/Shanghai Foods Group. Die genaue Rangliste ist nachzulesen auf der ISN-Internetseite www.schweine.net.

Mittlerweile hat die brasilianische Gruppe JBS, die in Brasilien und Argentinien 23 Schlachtstätten betreibt, den US-Konzern Swift übernommen... *en*

Von Monsanto zur BayWa

Die Raiffeisen-Zentralgenossenschaft BayWa AG hat ihren Produktbereich Saatgut neu besetzt. Zuständig für Kauf und Vertrieb ist künftig Norbert Dietel, zuletzt in leitender Position tätig beim Gentechnik- und Chemiekonzern Monsanto. *pm*

Pest und Smithfield

Als in den rumänischen Agrarfabriken des US-Konzerns Smithfield die Schweinepest ausbrach, kamen auch folgende Skandale ans Licht der Öffentlichkeit: Unter Mitwissenschaft der Behörden wurde massiv gegen Umwelt- und Hygienevorschriften verstoßen, so lokale Medien. Es fehlten demnach Hygieneschleusen und Umzäunungen, noch vor der Betriebsgenehmigung (und während der Bauarbeiten) seien mehrere tausend Schweine aufgestellt worden, die Ställe seien mit 15.000 Tieren statt der geplanten 8.000 überbelegt worden. *pm*

Bündnis gegen Kinderausbeutung

Laut UN-Kinderhilfswerk UNICEF arbeiten weltweit 132 Millionen Kinder auf Farmen und Plantagen. Gemeint seien nicht leichte Arbeiten auf dem Familienhof, die dem Alter der Kinder angemessen seien und diese nicht vom Schulbesuch abhielten. UNICEF prangerte vielmehr die systematische Ausbeutung von Kindern an, die schon im Alter von 10 Jahren viele Stunden am Tag z.B. mit giftigen Pestiziden und in unfallträchtigen Bereichen arbeiten müssten. Die internationale Arbeitsorganisation ILO rief gemeinsam mit der UN-Agrarorganisation FAO, Agrarproduzenten und Gewerkschaften zu einem Bündnis gegen Kinderarbeit auf. Vor allem gehe es um die Beseitigung der Armut, die Eltern dazu zwingt, ihre Kinder zur Kinderarbeit statt in die Schule zu schicken. UNICEF fordert eine gute und kostenfreie Grundausbildung für alle Kinder und forderte die Konsumenten auf, nur fair hergestellte Produkte zu kaufen. *pm*

Was soll das?

Die Geschäftsführung der Nordmilch hält das eigene Unternehmen für den aktuell interessantesten Übernahmepartner in der deutschen Milchbranche. Vorstandsvorsitzender bekräftigte aber, dass es nicht das Ziel sei, von Konkurrenten übernommen zu werden... *en*

Kommission schlägt Staffelung vor

Staffelung oberhalb von 100.000 Euro und Erhöhung der Modulation

In der ersten Mitteilung der EU-Agrar-Kommissarin Mariann Fischer Boel an den Agrarministerrat und das EU-Parlament zur Überprüfung der EU-Agrarreform von 2003 („Health Check“) stehen nur sehr wenige Zahlen. Aber die, die drinstehen, schlagen bereits große Wellen. Zum einen schlägt die EU-Kommission vor, die Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe in der EU nicht mehr unbegrenzt für jeden Hektar eines Betriebes gleich hoch zu gewähren. Vielmehr soll oben gekürzt werden, und zwar umso stärker, je höher der Gesamtbetrag der Direktzahlungen je Betrieb und Jahr ist. Wie das konkret aussehen kann, beschreibt die Kommission dann in einer Fußnote.

Staffelung

Bis 100.000 Euro soll (zusätzlich zur Modulation, siehe unten) nicht gekürzt werden. Der Anteil der Zahlungen je Betrieb, der zwischen 100.000 und 200.000 Euro liegt, soll um 10 Prozent gekürzt werden, der Anteil der Zahlungen zwischen 200.000 und 300.000 Euro soll dann höher, und zwar um 25 Prozent, und alles über 300.000 Euro um 45 Prozent gekürzt werden. In Deutschland gibt es rund 5.500 Betriebe, die mehr als 100.000 Euro erhalten (Zahlen für 2005).

Nach Berechnungen von AbL und Euro-natur käme allein durch diese Staffelung in Deutschland eine Summe von knapp 270 Millionen Euro zusammen. EU-weit wären es rund 550 Mio. Euro von 23.500 betroffenen Betrieben.

Das Geld soll laut Vorstellungen der EU-Kommission in dem Mitgliedstaat, in dem es gekürzt wird, verbleiben und den landwirtschaftlichen Betrieben für bestimmte Maßnahmen zielgerichtet zur Verfügung gestellt werden. An welche Maßnahmen die Kommission hier denkt, lässt sie in dem Papier noch sehr offen. Sie spricht lediglich von „neuen Herausforderungen“, wobei sie offenbar u.a. an Unterstützungen im Zusammenhang mit Anpassungen an den Klimawandel wie Ernteversicherungen sowie an Begleitmaßnahmen für einen Milchquotenausstieg denkt.

2. Säule stärken

Wesentlich mehr Geld würde allerdings bewegt, wenn das beschlossen wird, was die EU-Kommission in ihrem Papier ebenfalls mit Zahlen angereichert hat: nämlich die Stärkung der zweiten Säule, also der Förderung der Ländlichen Entwicklung in Form von Agrarumweltmaßnahmen (inkl. Ökolandbau), Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete oder Stallbauförderung. Modulation bedeutet,

dass den Betrieben ein Teil der Direktzahlungen (aus der ersten Säule) gekürzt wird, um das Geld diesen und weiteren Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Im Unterschied zu den Mitteln, die durch die Staffelung bewegt würden, werden die Mittel aus der Modulation aber nur dann zur Verfügung gestellt, wenn der Mitgliedstaat (oder die Bundesländer) weitere eigene Finanzmittel beisteuern (Ko-Finanzierung).

Die Modulation gibt es bereits. Ab dem Jahr 2007 werden von den Direktzahlungen je Betrieb oberhalb eines kürzungsfreien Sockels von 5.000 Euro fünf Prozent einbehalten. Die Kommission will den Modulations-Satz ab dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2013 um zwei Prozent pro Jahr zu erhöhen. Ab 2013 läge der Satz bei 13 Prozent.

In Deutschland würden damit die Modulationsmittel von heute gut 200 Mio. Euro auf rund 550 Mio. steigen. Alleine die Erhöhung der Modulation bewegt damit weit mehr Mittel als die Staffelung. EU-weit ist das Verhältnis noch krasser: Während die Staffelung 550 Mio. Euro bewegt, erhöht sich der Modulationsbetrag von ca. 1,4 Mrd. Euro auf 3,8 Mrd. Euro.

Reaktionen

Der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Gert Lindemann (CDU) hat in einer ersten Reaktion besonders die Staffelung strikt abgelehnt. Denn betroffen seien vor allem die Betriebe in Ostdeutschland. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) kündigte ebenfalls Gegenwehr an. Die Vorschläge trügen nur dazu bei, „dass derzeit stabile Betriebe Mitarbeiter entlassen“.

Die AbL hat die Pläne dagegen grundsätzlich begrüßt. Die Alternative zu Umschichtungen innerhalb des Agrarbereichs sei, dass sich die Kräfte in Europa durchsetzen, die dem Agrarbereich die Mittel insgesamt drastisch kürzen wollten. Allerdings fordert die AbL Korrekturen an den Vorschlägen: „Weil es eben auch Betriebe mit hohen Zahlungsbeträgen gibt, die viele Menschen beschäftigen, halten wir daran fest, dass den von der Kürzung betroffenen Betrieben die Möglichkeit gegeben werden muss, ihre Arbeitskosten in Ansatz zu bringen. Wer sich von den Kürzungen benachteiligt fühlt, soll das Recht bekommen, durch den Nachweis bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen aus der Kürzung herauszukommen“, fordert der AbL-Vorsitzende Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf.

Ver(sch)wendung von Schlachtabfällen

In Zeiten wachsender Nachfrage und steigender Rohstoffpreise muss über einen Einsatz von Tiermehl in der Fütterung neu diskutiert werden

In Deutschland werden jährlich über 6,7 Mio. Tonnen Fleisch erzeugt. Aber nur zwei Drittel der produzierten Fleischmenge landen auf dem Teller der Verbraucher. Bei Schlachtung, Zerlegung und Fleischverarbeitung fallen nach Angaben der Servicegesellschaft Verarbeitung tierischer Nebenprodukte (STN) mehr als 2,1 Mio. Tonnen Schlachtnebenprodukte an.

Risikomaterial

Seit dem Auftreten von BSE (Bovine spongiforme Enzephalopathie) im Jahr 2000 müssen Schlachtabfälle gemäß EU Verordnung 1774/2002 in drei Kategorien aufgeteilt werden:

Das mit hohem Risiko behaftete Material der Kategorie 1, z.B. Schlachtabfälle von Tieren, die von Tierseuchen betroffen waren, muss vollständig als Abfall entsorgt werden. Tierische Nebenprodukte der Kategorie 2, z.B. Schlachtabfälle, die Rückstände von Tierarzneimitteln und Kontaminanten enthalten, dürfen „nach entsprechender Behandlung anderen Zwecken als der Futtermittelherstellung zugeführt werden (z.B. Biogaserzeugung, Kompostierung, Fettverarbeitung)“. Material der Kategorie 3, „das sind Nebenprodukte gesunder Tiere, die zum menschlichen Verzehr geschlachtet wurden“, dürfen „zur Herstellung von Futtermitteln verwendet werden.“ Ferner verbietet die Verordnung „Kannibalismus“ innerhalb von Tieren. Somit wird ausgeschlossen, dass Wiederkäuern die eigene Art zur Verfütterung vorgelegt wird.

Verschwendung von Futtermitteln

In Deutschland ist der Einsatz von zu Fleischknochenmehl verarbeiteten Schlachtabfällen laut der Verfütterungsverbots-Verordnung vom 27. Dezember 2000 nicht erlaubt. Dies gilt auch für Schlachtabfälle der Kategorie 3. Im Jahr 2006 wurden 1.178.728 Tonnen Schlachtabfälle der Kategorie 3, also von

Tieren, die zum menschlichen Verzehr geeignet waren, vernichtet. Vor dem Hintergrund des enormen Bedarfs an tierischem Eiweiß stellt dies eine nur schwer zu rechtfertigende Verschwendung dar.

„Aus Schlachtabfällen gewonnenes Tiermehl ist ein hochwertiges tierisches Eiweiß, das unter strenger Kontrolle aufbereitet auch an Monogastrier wie Schweine und Hühner verfüttert werden kann“, so Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der ABL, „eine Lockerung des strikten Tiermehlverfütterungsverbot ist unbedingt notwendig und die Politik sollte den Mut haben, sich mit diesem Thema neu zu befassen.“

Keine Chance für Erreger

Die Anforderungen an die Verarbeitungsbetriebe für Schlachtabfälle sind hoch. Bei der gängigsten Methode werden „die tierischen Nebenprodukte auf eine maximale Teilchengröße von 50 mm zerkleinert, anschließend erhitzt und dann bei einer Temperatur von mindestens 133°C und einem Druck von drei bar mindestens 20 Minuten heiß gehalten“, Krankheitserreger, Viren und Bakterien können mit dieser Methode vernichtet werden.

Erklärungsnot

Es stellt sich die Frage, warum risikofreies Material nicht zur Verfütterung an Monogastrier zugelassen wird. Die Befürworter des Verfütterungsverbots kommen zunehmend in Erklärungsnot, warum es diese rigorose Bestimmung so noch gibt, warum das Verfütterungsverbot ohne Unterschiede für alle Tierarten gilt und warum die Behandlung von Tierresten nicht ausreicht. Tierknochenmehl könnte ein wertvolles, eiweißreiches Futtermittel für die Landwirtschaft sein. Laut einer Studie der Internati-

onalen Umweltforschung GmbH (EPEA) zu Umwelt- und Sozialfolgen des Verfütterungsverbot, stellt dieses „tierische Proteinmehl durch seinen hohen Mineralstoffanteil und durch seine hohe Proteinwertigkeit eine wertvolle Futterkomponente dar.“ Durch das Verbot verliert der Landwirt eine hochwertige Futtermittelquelle. „Die durch das Verfütterungsverbot zur Verbrennung gelangte Proteinmenge, die allein aus lebensmitteltauglichen Schlachtnebenprodukten gewonnen werden könnte, entspricht für Deutschland 262.500 Tonnen Rohprotein“.



Tierknochenmehl: wertvolles, eiweißreiches Futtermittel für Monogastrier

Quelle: www.pixelio.de

Globale Folgen

Als Eiweißlieferant stehen neben Rapschrot „das mit einem Rohproteingehalt von 34% gegenüber 40% beim Fleischknochenmehl gehandelt wird“ vor allen Dingen „Sojaschrot mit ca. 44% Rohprotein“ zur Verfügung. Die weltweiten Anbauflächen für Soja und Raps und der damit einhergehende Transporttourismus würden sich weiter steigern. Zur Begrenzung des Nährstoffkreislaufs auf nationaler Ebene wäre die Verwertung von seuchenhygienisch einwandfreiem Tiermehl an Monogastrier eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung.

Marlene Herzog

Künftig gefärbte Schlachtabfälle

Künftig sollen Schlachtabfälle der Kategorie 3 (Nebenprodukte von verzehrfähigem Vieh) farblich oder mit Geruchstoffen gekennzeichnet werden. Verbraucherminister des Bundes und der Länder einigten sich zusätzlich auf verwechslungssichere, farblich besonders markierte Transportbehälter.

Futtermittelhersteller kritisieren das Verfahren der farblichen Kennzeichnung von K3 Schlachtabfällen. „Verbraucher wollen ihren Haustieren kein blaues Hundefutter vorsetzen“, so Harald Niemann des STN (Servicegesellschaft für tierische Neben-

produkte). In der Diskussion sind auch fluoreszierende Farben, die mit dem bloßen Auge nicht zu sehen sind und nur von speziellen Kontrolllampen sichtbar gemacht werden können. Damit blieben die Kontrollen immer noch Grundvoraussetzung, so Hans Joachim Götz vom Bundesverband praktizierender Tierärzte. Da sich aber gezeigt habe, dass kriminelle Aktivitäten von Privatpersonen aufgedeckt wurden, müssen Institutionen, sogenannte zentrale Ombudstellen gegründet werden, in denen anonym (z. B. von Mitarbeitern) Anzeige erstattet werden kann. Außerdem

erhalten Fleisch und auch Schlachtabfälle zu wenig Wertschätzung, so Niemann. Kriminelle Energie würde gefördert, da die Verwertung und Beseitigung von Schlachtabfällen Geld kostete. Durch eine Verarbeitung zu Futtermittel für Nutztier könne das K3 Material sinnvoll vermarktet werden. Die „Geiz ist geil – Mentalität“ der Verbraucher fördere kriminelle Ideen, so Götz, da der Preisdruck jetzt sogar schon im Dönergeschäft immer größer werde.

mh

Ermittlungen gegen Tönnies

Die Staatsanwaltschaft Bochum ermittelt gegen den größten europäischen Fleischverarbeiter Tönnies wegen Verdacht auf Betrug von Lieferanten und Kunden, sowie illegale Arbeitnehmerüberlassung. Zwei Mitarbeiter seien Anfang September wegen Betrugsverdachts in Gütersloh verhaftet worden, so die Staatsanwaltschaft. Nach Angaben der Anklagebehörde gebe es keine Hinweise auf Verarbeitung oder Verkauf so genannter »Gammelfleisches« oder minderwertiger Produkte. mh

Neuer Fleischriese in Frankreich

Die bretonischen Genossenschaften Cecab und Prestor sowie der Fleischvermarkter Gad schließen sich zusammen, so die LZ/Net. Der neue Verbund mit 2700 Mitarbeitern komme auf einen Jahresumsatz von rund 725 Mio. Euro und wäre damit im Schweinefleischbereich die Nummer 2 nach Cooperl. Eigentümer von Prestor und Cecab seien 680 Landwirte, deren Produktionskapazität bei wöchentlich 42.000 Schlachtschweinen liege. Da der neue Verbund 6000 Tiere pro Woche vermarkten könne, werden derzeit weitere Lieferanten gesucht. Die drei Partner hätten Investitionen in Höhe von umgerechnet 30 Mio. Euro angekündigt. Am neuen Verbund hielten die beiden Genossenschaften 49 Prozent der Anteile, Gad 41 Prozent. Die restlichen Anteile seien in den Händen der Banken Crédit Agricole und Unigrains.

„Ein Basis-Milchpreis von über 40 Cent ist das Ziel!“

Schon Ende September (aber nach Redaktionsschluss) sollte der Basispreis festgesetzt werden. Unser Interview hinkt den aktuellen Entwicklungen also ein bisschen hinterher, denn auch das Milchboard ist inzwischen vom Ministerium genehmigt worden. Über die Schwierigkeiten und die Ziele des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter e.V., der inzwischen zur Bewegung der Milchbauern geworden ist, sprachen wir mit dessen Präsidenten Romuald Schaber.



13.000 Demonstranten auf dem Marienplatz

Foto: Metz

bs: Vor einem Monat demonstrierten 13.000 Milchbauern in München. Hat der BDM den Durchbruch auf dem Weg zu einem Basismilchpreis geschafft?

S: Ja es sieht so aus, aber der Durchbruch kommt erst mit dem Milchboard und dessen Genehmigung muss eben noch unterschrieben werden. Da steht das Ministerium im Wort. Man hat uns schriftlich zugesichert, dass, wenn wir uns an die Verhandlungsergebnisse halten, dass es dann ok ist.

bs: Hat die Struktur des Milchboard, durch die Verhandlungen eine substanzielle Änderung erfahren oder ging es nur um Nuancen?

S: Es ging nur um kleine Änderungen. Die Vorgabe war, dass eine bestehende Erzeugergemeinschaft durch Satzungsänderung ergänzt wird, damit sowohl angeliefert und vermarktet werden kann als auch Milchbauern dabei sein können, die hiervon freigestellt sind. Das haben wir Punkt für Punkt eingehalten.

bs: Der BDM hatte sich das Ziel gesetzt 50% der Milch zu organisieren. Ist dieses Ziel erreicht?

S: Wir haben ja die Milchmenge bisher nicht ganz exakt. Aber aufgrund der Mitgliederzahl von 30.000 gehen wir davon aus, dass wir an den 50 Prozent dran sind. Zur Zeit erleben wir, dass noch mal eine Beitrittswelle kommt. Es treten dauernd neue Leute bei. Ziel ist es, dass wir bis in einer Woche ungefähr 25.000 Unterschriften für das Board sammeln. Damit wären wir handlungsfähig, dann hätten wir vielleicht 40 Prozent der Milch und können absehen, dass die restlichen fünf- oder zehntausend auch noch kommen.

bs: Der BDM war in Süddeutschland immer besonders stark. Gibt es weiterhin ein Gefälle von Süd nach Nord?

S: Also, wir haben ein ganz leichtes Gefälle von Süd nach Nord und dann noch mal von West nach Ost, das ist aber nicht dramatisch. Man muss bedenken, dass die Hälfte der Milchbauern in Deutschland eben auch in Bayern sitzen. Und wir haben in Bayern vielleicht 35 Prozent Bündelungsgrad, in Schleswig-Holstein 25 – 28 Prozent, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ähnlich, also da leicht unterm Durchschnitt, im Süden leicht drüber, aber groß sind die Unter-



„Romuald Schaber, Präsident des Bundesverband deutscher Milchviehhalter“

Foto: Redaktion

schiede nicht. Und im Osten, da hat es nach dem Aktionstag bei den Molkereien noch mal einen richtigen Schub gegeben. Da liegen wir ein bisschen niedriger, vielleicht bei 20 Prozent.

bs: Wenn das Verhandlungsmandat vorliegt, dann soll der Milchindustrieverband die Verhandlungen, stellvertretend für die Molkereien, führen?

S: Da muss man differenzieren. Die Verbände, sowohl Milchindustrieverband als auch Genossenschaftsverband, haben mitgeteilt, dass sie zu Verhandlungen nicht befugt sind und auch nicht zur Verfügung stehen. Wir können den Vertreter der Molkereibranche auch gar nicht festlegen: Wir sagen, dass wir sicherlich nicht mit allen 110 großen und noch ca. 200 kleineren Molkereien verhandeln wollen. Unser Interesse ist es, mit der Branche als Ganzes zu sprechen und nicht mit einzelnen Molkereien. Für die Molkereien ist es ein Leichtes, eine Verhandlungsdelegation zu benennen. Das Problem müssen die selber lösen.

bs: Der BDM möchte also einen Ansprechpartner?

S: Ja, aber nach wie vor ist es ja so, dass die drei größten Molkereien zufällig auch eher niedrige Preise zahlen. Und in sofern, wenn bei der Einführung des Mindestpreis die drei großen unterschreiben, dann haben die anderen ohnehin kein Problem mehr damit.

bs: Das Ziel ist es, einen Mindestpreis einzuführen?

S: Das ist der eigentliche Knackpunkt, dass das Board Verkaufsregeln festsetzen kann. Über das Marktstrukturgesetz kann das Board Verkaufsregeln definieren und die wichtigste ist natürlich der Basispreis oder Mindestpreis. Der wird vom Board festgesetzt, wird dann der Molkereiwirtschaft mitgeteilt und die werden um Stellungnahme gebeten. Es findet eine Anhörung statt. Das Board selber darf aber gar keine Verhandlungen führen. Angedacht ist, dass hiermit ein Dritter beauftragt wird, die Verhandlungen zu führen, und das wird wohl dann der BDM sein.

bs: Der Milchstreik war immer zum 1. Oktober angekündigt. Wird er kommen?

S: Also der Streik ist nicht das Ziel an sich. Das Ziel ist der kostendeckende Milchpreis. Streik ist nur das letzte Mittel, um da hin zu gelangen. Unser Ziel ist es, jetzt ausreichend Bauern ins Milchboard zu kriegen. Noch im September die Preisforderung zu veröffentlichen um mit den Molkereien vor dem 1. Oktober in die Verhandlungen eintreten zu können. Das ist also Ziel für die nächste Zeit. Und dann muss man sehen, wie es sich entwickelt. Vorauszusehen ist, dass wir etwa bis zum 25. September genügend Bauern im Board haben, damit wir wirklich ernst genommen werden, die Preisveröffentlichung vornehmen können. Wenn wir zu wenig Mitglieder hätten, wird es sicherlich nicht zu Verhandlungen kommen. In sofern macht es nur Sinn, eine Preisforderung zu veröffentlichen, wenn wir handlungsfähig sind. Dann haben wir uns alle Möglichkeiten offen gehalten.

bs: Die Forderung vom BDM war ja immer 40 Cent. Ist das nach wie vor ein akzeptabler Preis?

S: 40 Cent war die Marke, die angepeilt wurde, die auch provoziert hat. Man hat uns nicht umsonst Spinner, Verrückte und Illusionisten genannt. Das hat die Diskussion in Gang gebracht. Grundsätzlich wird der Preis auf Vollkostenberechnungen aufgebaut. Wir haben aktuell die neuen Vollkostenrechnungen für Deutschland zusammengetragen. Die belegen, dass trotz Prämienzahlungen die Kosten der Betriebe zwischen 43 und 53 Cent liegen. Da sind die Kostensteigerungen der letzten drei, vier Monaten noch nicht berücksichtigt. Diesel wird ständig teurer, Getreide,

also Kraftfutter wird teurer und deshalb kann ich mir sehr gut vorstellen, dass das Board einen Preis festsetzen wird, der über 40 Cent liegt. Der letzte Cent ist sicherlich nicht das Ziel. Ziel ist es, den Systemwechsel hinzukriegen. Das wir wirklich die Molkereien an den Tisch zwingen und gemeinsam sagen: Wir wollen die Menge im Auge behalten, damit der Preis von über 40 Cent dann für zwölf Monate auch gehalten werden kann.

bs: Welche Festlegungen macht das Milchboard neben dem Preis?

Mit der Preismitteilung wird zum einen der Preis mitgeteilt, es wird aber auch der Zeitpunkt mitgeteilt, ab wann er Gültigkeit hat, und es wird der Zeitraum mitgeteilt, für den er gelten soll. Z. B. 40 Cent zum 1. Oktober für zwölf Monate. Und die zwölf Monate sind an und für sich das wichtigste – um Kontinuität zu bekommen.

bs: Vollkosten sind betriebspezifisch unterschiedlich. Im Norden sind sie gemeinbin geringer als im Süden. Ist da nicht eine Ungerechtigkeit im System?

S: Also die Vollkostenerhebungen, die wir jetzt haben, sind von Arbeitskreisen der Milchviehhaltung aus Buchführungsauswertungsringen. Damit stellen sie ohnehin schon ei-

dem werden wir sicherlich auch auf absehbare Zeit dieses Nord-Süd-Gefälle haben. Da ist es dann entscheidend, wie hartnäckig die Leute verhandeln. Wir haben im Süden die Situation mit vielen Molkereien. Das ist eine gewisse Wettbewerbssituation, welche die Molkereien und die Milcherzeuger anspricht.

bs: Der Erhalt der Quote ist ein wichtiges Instrument bei der Mengenregulierung. Das Vorbild ist Kanada. Die Produktionsbedingungen innerhalb Deutschlands sind sehr unterschiedlich? Wie kann man verhindern, dass es trotz Quote zu einer Abwanderung der Milch aus den Grünlandregionen kommt?

S: Das wird über den Basispreis allein nicht zu erreichen sein. Der Basispreis wird sich an durchschnittlichen Vollkosten orientieren. Die können niemals allen Regionen gerecht werden. Das heißt, die einen verdienen recht gut, haben aber in der Regel auch höhere Pachtkosten, weil die Milchproduktion dort interessanter ist. Die regionale Handelbarkeit war ein vorzügliches Instrument, um Quoten zu halten. Weil der Quotenhandel begrenzt war, sind auch die Quoten nur sehr begrenzt gewandert. Und deshalb sagen wir: Es ist sinnvoll, die Regionalität wieder einzuführen. Wenn auch an den schlechteren Standorten ein bestimmtes Niveau über den Markt

S: Beim European Milk Board sind die Milchviehhalterverbände und Interessenverbände der Landwirte der einzelnen Länder vertreten. Beim EMB sind mittlerweile 70.000 – 80.000 Leute organisiert. Teilweise, je nach Land, mit sehr hohen Bündelungsgraden. Die Interessen der Milchbauern sind über die Grenzen hinweg relativ gleich. Wir sind uns immer sehr schnell einig, haben die gleichen Ziele und auch bei der Vorgehensweise liegen wir nicht weit auseinander. In so fern geht es darum, dass wir die interne Organisation der Verbände verbessern. Wir haben jetzt die einmalige Situation, dass Deutschland den ersten Schritte machen kann und so die anderen mitgezogen werden. In Dänemark hatten wir die Situation, dass Bauern wegen der höheren Preise begonnen haben, Milch nach Deutschland zu liefern. Die anderen dänischen Milcherzeuger haben das gesehen, sind zu Arla gegangen und habe demonstriert. Daraufhin hat Arla mehr gezahlt. Nicht von sich aus, sondern weil sie mussten.

bs: Sind die Milch-Organisationen in anderen Ländern auf dem Stand, dass sie relativ schnell einsteigen können?

S: Es hat sich ja die letzten Monate schon gezeigt, dass alle umliegenden Länder auf Deutschland schauen: was passiert dort auf dem Markt, und dann entsprechend das gleiche nachziehen und durchziehen. Wo es bisher eben nicht möglich war, ist Italien und Frankreich, aber da wird zum 1. Oktober ohnehin neu verhandelt und das ist eine gute Gelegenheit. Wir informieren die Leute jetzt regelmäßig über das EMB, damit es eine gemeinsame Aktion werden kann. Und die Geschichte mit Arla hat gezeigt, dass die Dänen sich an Deutschland orientieren. Man wirft da ein Auge drauf. Die Polen wissen genau, was in Deutschland gezahlt wird. Ich weiß z.B. von einer Molkelei, die in Süddeutschland verarbeitet und auch in Polen. Und in Polen werden zwei Zehntel Cent weniger gezahlt. Im Grunde sind das die gleichen Preise.



„Bäuerinnen klagen nicht, sie kämpfen.“

Foto: Metz

bs: Zur Zeit sind Fett- und Eiweißgehalt die entscheidenden Parameter. Welche Parameter müsste man erfassen, um zukünftig die Qualität bei Milch zu definieren?

S: Das sind ja Inhaltsstoffe, keine Qualitätsstandards. Also grundsätzlich mal, muss Milchproduktion bei einem artgerechten Umgang mit den Tieren, schonendem Umgang mit der Natur und auch menschengerecht stattfinden können. Vor allem regional verteilt, damit auch die kurzen Wege einigermaßen gewährleistet sind. Das ist das, was man sehr schnell tun kann. Wenn dann weitergehende Qualitätsmerkmale erwünscht sind, dann muss man die gezielt angehen wie z. B. mehr Grünfütterung oder Weidehaltung oder Gentechnikfreie Fütterung, was der nächste Schritt wäre, den wir für wichtig halten. Denn jetzt erleben wir: Die Milchpreise sind etwas gestiegen, schon fangen die Molkereien an, wieder zu überlegen, ob sie nicht Soja zumischen können als Substitut. Das ist natürlich eine ganz gefährliche Geschichte. Wir sagen, wir haben ein hochwertiges Produkt Milch, am Schluss kommt da Milchsojagemisch raus mit gentechnikverändertem Soja und wir Bauern halten den Kopf hin, wenn was schief geht. Da müssen wir sehr aufpassen, in der Zukunft, wenn die Preise steigen, das wir auf der Gegenseite die Qualität auch im Auge behalten.

Vielen Dank für das Gespräch



„Die Zeit ist reif“ in Sonthofen

Foto: BDM

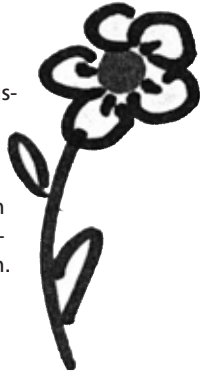
nen Schnitt dar, allerdings von überdurchschnittlich großen Betrieben. Insofern ist das wirklich das Minimum. Das Nord-Süd-Gefälle wird sich unserer Einschätzung nach geringfügig verringern, also ein bisschen enger werden. Das ist wichtig, damit die bayerischen Molkereien wettbewerbsfähig bleiben. Und trotz-

erreicht werden kann, dann ist mit einer begrenzten Förderung wirklich etwas zu bewegen. Wenn man dagegen bei 27 Cent beginnen muss, ist das unbezahlbar.

bs: Der BDM ist in Deutschland sehr aktiv. Wie sind die Milchbauern auf europäischer Ebene organisiert?

Danke!

Für die vielen kleinen und großen Daumen, die gedrückt wurden und die Vielzahl von Genesungswünschen möchte ich mich auf diese Weise bei den Ablern und ihren Freundinnen und Freunden sehr herzlich bedanken. Die Operation habe ich überstanden, im Oktober bin ich zum Erholen und zum Wiederaufbau der Kräfte in einer Reha-Klinik und dann hoffentlich bald wieder bei Euch. Auch in der Übergangszeit gilt: Bleibt auf dem Lande und wehret Euch täglich!
Georg Janßen



Kurzes am Rande

Iss was?

Filmfestival rund um das Thema Ernährung und biologische Vielfalt in Hamburg

Vom 25. Oktober bis 16. November geht es im Hamburger Kino Metropolis um landwirtschaftliche Themen. Denn die BUKO Agrar Koordination hat in Zusammenarbeit mit der Kinemathek Hamburg und Ecomove International die Hamburger Ökofilmstage "Iss was?" organisiert, eine Veranstaltungsreihe im Vorfeld der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention, die 2008 in Deutschland stattfindet. Im Kino werden rund zehn Dokumentar- und Spielfilme zum Thema Ernährung und biologische Vielfalt gezeigt, darunter finden sich der Klassiker "We feed the world", aber auch ganz neue Produktionen wie "El Ejido", ein Film über den massenhaften Anbau von billigem Gemüse im südlichen Spanien, der vor allem mit Hilfe schlecht bezahlter, illegaler Arbeiter aus Afrika, Südamerika und Osteuropa ermöglicht wird. Im Anschluss an einige Filme diskutieren Filmemacher und Agrarexperten.

Wie etwa am 2. November. In Kooperation mit der AbL zeigen die Veranstalter den Film „Begegnungen auf der Milchstraße“ (Beginn 19 Uhr). Der Regisseur Jürg Neuenschwander verdeutlicht mit diesem Film die unterschiedliche Milchproduktion in der Schweiz, in Mali und in Burkina Faso. Dabei wird aber nicht die Landwirtschaft in dem Industrieland Schweiz mit der in Burkina Faso oder Mali verglichen. Vielmehr versteht es Neuenschwander die Gemeinsamkeiten einer bäuerlichen, naturverträglichen und tiergerechten Landwirtschaft über Ländergrenzen hinaus aufzuzeigen und dass Landwirtschaft mehr ist als nur Nahrungsmittelproduktion, sondern auch in eine kulturelle und traditionelle Dimension eingebettet ist. Vielfältig in jedem Sinne eben. Im Anschluss an die Filme findet ein Publikumsgespräch mit dem Regisseur Neuenschwander und AbL-Mitarbeiterin Berit Thomsen statt, in dem es um die Hintergründe des Filmemachers geht und auch um politische Rahmenbedingungen in der EU, die auf Produktionssysteme weltweit wirken.

Veranstaltungsort: Metropolis Kino Hamburg, Dammtorstraße 30 a, Tel: 040 / 34 23 53.

Programm und Beschreibungen der Filme unter: www.bukoagrar.de.

Sandra Blessin/bet

Erfolg gegen Bombodrom

Nach fünfzehnjährigem Kampf hat die Bürgerinitiative FREIE HEIDE nunmehr einen wichtigen Erfolg gegen den geplanten „Bombodrom“-Bombenabwurf der Bundeswehr in Kyritz/Brandenburg errungen. Das Potsdamer Verwaltungsgericht gab jetzt drei Musterklagen statt. Die Initiative erhielt für ihren kreativen Widerstand nicht nur zahlreiche Ehrungen, sondern konnte immer mehr Kommunal- und Landespolitiker auf ihre Seite bringen. Sie sieht über 10.000 Arbeitsplätze im ländlichen Tourismus und in der ökologischen Landwirtschaft bedroht. en

Prachtvolle Schweine und dicke Frauen

„Prachtvolle Schweine und dicke Frauen“ hat die Gummersbacher Künstlerin Renate Seinsch als Leitmotive ihrer Bilder angegeben. Ihre Ausstellung „Tierisches und Menschliches“ wurde kürzlich in der Galerie Neustadtfenster eröffnet, Näheres beim Gummersbacher Kulturbüro unter 02261-92054910. en

Von Sonne, Wind und Wasser

Hermann Scheer in Niedermöllrich

Das Aktionsbündnis gegen Genmais im Schwalm-Eder Kreis hatte geladen. Als Redner war Hermann Scheer angekündigt. Der Termin war ungewöhnlich. Werktags um 11 Uhr Vormittags im Dorfgemeinschaftshaus von Niedermöllrich. Wider Erwarten war der Saal voll. Über 100 Menschen wollten sich den Vortrag des bekannten Energiepioniers nicht entgehen lassen. Seit über 20 Jahren beschäftigt sich Scheer vor allem mit Alternativen in der Energiegewinnung. Hermann Scheer wird gerne als geistiger Vater der Energiewende bezeichnet. Der Träger des „Alternativen Nobelpreis“ ist SPD-Bundestagsabgeordneter und kandidiert in der kommenden Landtagswahl für das Amt des hessischen Wirtschaftsministers.

Nach der Begrüßung der Gäste und des Referenten durch den Vorsitzenden der örtlichen BI, Artur Schäfer, und des Landrates des Schwalm-Eder-Kreises, Frank-Martin Neupärtl, stellte Hermann Scheer vor, wie ein zukünftiges und nachhaltiges Wirtschaften gestaltet werden müsse.

Die Grundannahme sei ein Verständnis von Natur als etwas Einmaligem. Am derzeitigen Umgang kritisiert Scheer, dass „wir derzeit den „Kapitalstock“ des Naturhaushaltes aufbrauchen und nicht die Erträge der Natur



Hermann Scheer (links) gemeinsam mit Ditmar Gross und weiteren Besuchern des Vortrags

nutzen, die nachhaltig sind.“ Begründet sei dies in dem Verständnis, Natur als ein Ding zu verstehen, das zu nutzen und auszubeuten sei. Ein Denken in Vernetzungen und gegenseitigen Abhängigkeiten müsse erst noch herausgebildet werden.

Die Naturwissenschaftler hätten sich zu „Experten“ für immer partikularere Sichtweisen entwickelt, die nicht mehr in Zusammenhängen denken können. In der Wirtschaftswissenschaft gelte die Richtung, die alles nur noch ökonomisiert und dabei lediglich aus der Mikrosicht der Kostenreduktion betrachtet.

In Bezug auf die Landwirtschaft sieht Scheer eine deutliche Veränderung in den vergangenen 200 Jahren. In diesem Zeitfenster hat die Bedeutung von Menschen in der Landwirtschaft kontinuierlich abgenommen. Die Arbeitskraft wurde durch fossile Energie ersetzt. Nur weil sich das Bauernsterben über viele Generationen hin zog, seien die gesellschaftlichen Folgen etwas abgemildert worden.

Die Statistik zeige, dass heute nur noch 3 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft

arbeiten. Tatsächlich seien aber die Arbeitsplätze von 20 Prozent der Bevölkerung auch in vor- und nachgelagerten Bereichen von der Landwirtschaft abhängig.

Auswirkungen der Gentechnik ...

... auf den Menschen:

In Bezug auf die Gentechnik stellte Hermann Scheer dar, dass es seines Wissens keine Studien über die langfristigen Auswirkungen von gentechnisch veränderter Ernährung gibt. Könne es auch nicht geben. Stattdessen existieren Studien, die die Auswirkung über „30 Tage“ untersuchen. Kein Mensch kennt die Folgen einer längeren Nutzung und kein Mensch kennt das Zusammenspiel bei veränderten Genen.

... auf die Natur:

Mögliche Auswirkungen auf den Naturhaushalt machte der Abgeordnete an einem Beispiel aus Frankreich deutlich. Dort hatte sich ein Verfechter der Agrogentechnik für die Freisetzung gentechnisch veränderte Sonnenblumen in seinem Departement eingesetzt. Als er die Auswirkungen in Form der Reduzierung der Bienen erlebte, wandelte er sich vom Befürworter zum Gegner. Im Gegensatz zu den Laboren, so Scheer, hätten die Bienen wohl einen Unterschied festgestellt.

... auf die wirtschaftlichen Strukturen:

Bei Naturprodukten seien, anders als bei technischen Produkten, prinzipiell keine gleichen Produktionsvoraussetzungen möglich: Die regionalen Unterschiede in den Böden, dem Klima, der Wasserverfügbarkeit, der Sonneneinstrahlung usw. seien beachtlich. Wenn alle Produzenten trotz dieser ungleichen Bedingungen einem Markt unterworfen würden, der in der Theorie von gleichen Bedingungen ausgeht, dann führe das dazu, dass nur noch in begünstigten Gebieten angebaut wird, denen eine Übernutzung droht. Alle anderen landwirtschaftlichen Produktionsflächen könnten nicht mehr genutzt werden. Aus dieser globalen Verschiebung entwickle sich eine der größten Sozialkatastrophen, die man sich vorstellen könne.

Zur Veranschaulichung zwei Beispiele: In Europa ging dieser Prozess der Freisetzung der in der Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung von ursprünglich 90% auf jetzt 3 % über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert. In Indien leben 700 Mio. Menschen von der Landwirtschaft, wenn sie da kein Auskommen mehr haben, was wird aus ihnen?

In China gibt es bereits 200 Mio. Wanderarbeiter, die nicht mehr an ihren Ort gebunden sind. Das führt zu einer Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhangs und führe letztlich in die Barbarei.

mn/Dietmar Groß

Betriebsspiegel

Der Bioland-Hof von Johannes Deventer liegt zwischen Hamm und Münster. 48 ha Nutzfläche davon 22 ha Grünland 32 Milchkühe mit eigener Nachzucht 50 Hühner Anbau von Kartoffeln, Getreide und Feldfutter eigener Hofladen

An einem verschneiten Dezemberabend vor fünf Jahren erlebte ich zum ersten Mal die Faszination, die von dem Projekt internationale Gärten ausgeht. Brachliegende Flächen in der Stadt werden gemeinschaftlich genutzt und bebaut. Alle können sich einbringen. Ob Asylant oder arbeitslos, es entsteht ein Miteinander und ein Lernen voneinander.

Das passt zu meiner Vision eines landwirtschaftlichen Betriebes als Zelle, als kleine Einheit von Vielen, die dazu beitragen, dass der ganze Organismus funktioniert. Jede Zelle ist eigenständig und einzigartig, aber alle ziehen an einem Strang, sind informiert. Sie spielen wie in einem Orchester harmonisch zusammen zum Wohle des Ganzen.

Die Natur macht es so vor, kleine vernetzte Einheiten, kurze Wege und geringer, aber effizienter Energieeinsatz. Heute ist das Bild der Landwirtschaft ein anderes. Jeder Betrieb wächst eigenständig, spezialisiert sich, sucht seine Möglichkeiten. Ein Miteinander im Orchester klänge chaotisch.

Es geht in Richtung Industrialisierung. Ob im Schweinebereich oder bei nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergie.

Auf der anderen Erdhälfte wird der Regenwald platt gemacht für Palmölplantagen um unseren Energiehunger zu stillen. Im Namen des Klimaschutzes wird der wichtigste Bewahrer des Klimas geopfert. Aber die Zeit ändert sich. Das Informationszeitalter überlebt sich, wir kommen in das Zeitalter der Bewusstwerdung, wo es gilt, unseren Weg zu erkennen und am Nächsten zu handeln.

Die Zukunft der Landwirtschaft liegt in den Gärten, die viel produktiver sind als jede Monokultur. Sie liegt im Miteinander von Menschen, nicht in der Spezialisierung.

Auch dass macht uns die Natur vor, wie schon Hans-Peter Rusch 1960 darstellte:

„In der Natur wachsen Kraut und Unkraut miteinander, dort gibt es keine Schädlinge, sondern nur Lebewesen, die miteinander auskommen. Dort gibt es nicht Kampf aller gegen alle, sondern unendlich viele Lebensgemeinschaften und unendlich viele Lebensbedingungen. Hier können wir schöpferisch tätig werden als Gartenmenschen.“

Johannes Deventer

Internationale Gärten

Ungewöhnliche, elegant pulsierende Rhythmen und eine einfühlbare, weibliche Stimme wehen über brave Kuhweiden bis in den Wald. Eine zierliche Sängerin steht vor einem Scheunentor auf einem Heulader, während, an den Traktor gelehnt, ein Posaunist auf seinen Einsatz wartet. Die kompromisslosen Klänge eines Saxophons verschmelzen mit Schweinegrunzen und Hühnergackern. Charlie Parker wird durch neuarrangierte, zeitgenössische Standards zwischen Kuhstall und Güllegrube heute zum Leben erweckt. Magische Klanglandschaften zwischen Getreidefeldern und Klee-graswiese. Das ist das kleine Festival des modernen Jazz auf einem sonst eher bescheidenen Hof mit Direktvermarktung im Saarland. An diesem ersten Tag im September verschmilzt die raue Arbeitswelt des Landwirts mit stilvoller, zeitgenössischer Kunst. Gekommen sind deutsche Jazzgrößen wie der Posaunist Christof Thewes, Saxophonist Johannes Müller, Jan Östreich mit seinem Kontrabass sowie der Schlagzeuger Philip Zebel und die Sängerin Andrea Reichert. Die charmante Atmosphäre unter dem Duft von Grillwürsten und Scheunenpanorama macht den Demeter-Hof mit seinen Kühen, Schweinen und Hühnern für ein paar Stunden zum Treffpunkt exzellenter Musiker mit anspruchsvollem Publikum. Auf Biertischbänken vor dem Bühnen-Heulader können die Besucher sieben Stunden lang den Klängen fünf unterschiedlicher Jazzgruppen lauschen. Kinder spielen Versteck zwischen Schlepper und Schlagzeug, während Kontrabass und Querflöte sich ein Improvisationsduett bieten. Bis in die Nacht räkeln sich Jazzbegeisterte auf Heuquaden und blicken gebannt in Richtung Scheunentor, auf das Gesicht des Schlagzeugers, das vom Außenlicht des Geräteschuppens angestrahlt wird. Die



Zwischen Traktor und Trompete

musikalischen Genüsse werden durch den Biowein vom aufgebauten Marktstand noch abgerundet. „Der beste Geheimtipp des Jahres“ freut sich eine Besucherin. „Das ist wirklich was anderes“, schwärmt der Saarländer vor dem Schwenker mit seinem Bier in der Hand.

„Das hier ist Klasse. Andere Anthroposophen kommen ja nicht über die Kunst von 1912 hinaus“, lobt ein Kenner den Landwirt und Veranstalter, der seine Leidenschaft für den Jazz mit der Arbeit auf seinem Hof verbindet. Noch waren es nicht viele, die sich die Mühe machten, für den Jazztag

den Berg zu erklimmen. Doch die Ohren des kleinen Saarlandes sind groß und hier spricht sich einiges rum. Michael Bitsch, der Betriebsleiter des Hofes, plant weitere Jazzfestivals.

Schon jetzt spielen einmal im Monat neben seiner Wanderhütte ausgesuchte deutsche Jazzkünstler wie Arnulf Ochs. Der nimmt dann, um bei den Vorbereitungen zu helfen, auch schon mal eine Mistgabel in die Hand.

Marlene Herzog
Ex-Praktikantin

Betriebsspiegel

39 ha Getreide, Klee-gras, Kartoffeln
15 ha Grünfläche
2 ha Gemüse
17 Mutterkühe mit Nachzucht (Kreuzung aus Angus, Rotbunte und Glan)
50 Hühner
10 Schweine
8 Bienenvölker

Schwerpunkt: Direktvermarktung und Fleischverkauf, Wanderhütte

www.hof-hochscheid.de

Österreich bleibt auf gentechnikkritischer Linie

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 13.09.2007 darf das Land Oberösterreich kein Gesetz erlassen, dass die Gentechnik grundsätzlich verbietet.

Die Linie der österreichischen Landwirtschaftspolitik bleibt jedoch unverändert. „Es gibt keinen Anlass, die gentechnikkritische Linie zu verlassen“, stellte Umweltminister Josef Pröll fest. Das Land habe ein Vorsorgegesetz, das den Anbau an so hohe Auflagen knüpfe, dass er teuer und unattraktiv werde. Darüber hinaus gebe es in Österreich Importverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen.

Neben politischem Druck will das Land auch die Wissenschaft forcieren. Man will beweisen, dass ein Nebeneinander konventioneller und gentechnisch veränderter Pflanzen in der kleinstrukturierten oberösterreichischen Landwirtschaft nicht möglich sei. Nach dem negativen EuGH-Urteil will Oberösterreich nun Schritte unternehmen, um zumindest einzelne gentechnisch veränderte Pflanzen auf den Feldern gesetzlich zu verbieten. pm

Molkerei- und Handelsketten-Kartell

Preisabsprachen bei Molkereiprodukten durch ein jahrelanges Kartell der fünf größten Molkereien und der Handelsketten Tesco, Sainsbury, Morrisons, Safeway und Asda hat die britische Kartellbehörde aufgedeckt. Die Firmen hätten sich zu Lasten der Verbraucher zwei Jahre lang über die Höhe der anstehenden Preissteigerungen verständigt. pm

Schlachtkörper-Manipulationen

Über faule Tricks von Unternehmen beim Wiegen von Schweinen, Futtermitteln oder anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen berichtet die Schweine-Fachzeitung SUS: Durch Handys oder Funkgeräte in der Nähe der Waage lassen sich Gewichte manipulieren. Bei zu hoher Bandgeschwindigkeit hat die Waage zu wenig Zeit zur exakten Gewichtserfassung der Schweinehälften. Zu niedrige Gewichte werden auch ausgewiesen, wenn die Schlachtkörper über den Boden schleifen oder aneinander schlagen oder wenn die Schlachthaken-Gewichte falsch berücksichtigt werden. Laut SUS sind die Geldbußen relativ gering, solange der durch Manipulationen zusätzlich erzielte Gewinn von den Eichbehörden nicht erfasst werden kann.

Nicht nur beim Wiegen, sondern auch bei den FOM- oder AutoFOM-Geräten zur Klassifizierung der Schlachtkörper gibt es Manipulationen: durch Austauschen der Einstichspitzen oder durch die langen Zeiträume zwischen den angeblichen Reparaturen an Klassifizierungs-Geräten und der verzögerten Nach-Eichung. Trotz der Überlastung der Eichämter sollten Landwirte im Verdachtsfall eine Überprüfung oder Nachprüfung verlangen. en

Verfrühte Reife

Forscher an der TU München beobachten in den letzten 50 Jahren eine Verfrühung von Blüte und Reife der Kulturpflanzen um 1,1 bis 1,3 Tage pro Jahrzehnt. In USA und England berichten Wissenschaftler von ähnlichen Phänomenen und führen diese auf den Klimawandel zurück. pm

Ein Versehen

Carola Ketelhodt arbeitet nicht im Kompetenzzentrum Ökolandbau, sondern im Bioland-Landesverband SH, HH und MVP. (Ausgabe 9-2007 S.11 „Bio im Vormarsch“) Wir entschuldigen uns vielmals. Die Redaktion

Kurzes am Rande

Weniger Solidarität

Neues Gesetz zur Unfallversicherung für immer weniger Bäuerinnen und Bauern

Kurz vor der Zuckerfabrik zog der Fahrer des landwirtschaftlichen Zuges den falschen Hebel, so berichtet die *Uelzener Allgemeine Zeitung*, der hintere Anhänger kippt um, Rüben ergießen sich auf Straße und Fußweg. Zum Glück lassen nur zwei Straßenbäume ihr Leben, kein Mensch, kein Tier. Zum Glück ist die Angelegenheit damit auch kein Fall für die landwirtschaftliche Unfallversicherung, der Fahrer kam schließlich nicht zu Schaden. Wäre ihm etwas zugestoßen und hätte der Bauernverband sich mit seinen Einsparvorschlägen zur jüngsten Reform der Unfallversicherung durchgesetzt, könnte er mit einer Unfallrente nicht rechnen. Der Fahrer des Rübenzuges war nämlich 71 Jahre alt. Nach wie vor ist der mitarbeitenden Altenteiler eher

schönen Änderungen in der Bewilligung der Haushalts- und Betriebshilfe bedeuten, dass weniger häufig, weniger lange eine Unterstützung genehmigt wird. Die Festlegung eines Eigenanteils von 10 Euro am Tag führt natürlich dazu, dass sich finanziell enge Betriebe überlegen, ob sie sich das leisten. Weitere Einsparmaßnahmen sind die Verlängerung der Wartezeit bis zur Auszahlung einer Unfallrente und eine geplante Abfindungsaktion für Bezieher von Kleinstrenten. Dafür gibt der Bund den auch 400 Mio. Euro extra dazu, wie groß daraufhin die echten Einsparungen ausfallen werden hängt natürlich maßgeblich von der Bereitschaft der Rentner ab, ihre Rente in eine Einmalzahlung umzuwandeln. Auch über die Veränderung des Beitragseinzugsverfahrens soll Geld gespart werden, statt am Ende eines Jahres die real ausgegebenen Kosten in Beiträge für die Betriebe umzuwandeln, sollen nun Vorschüsse geleistet werden. Ob es Rückerstattungen zuviel gezahlter Beträge gibt, bleibt offen. Ansonsten wird die Beitragsgestaltung ja schon seit geraumer Zeit einem fundamentalen Veränderungsprozess unterzogen. Statt wie bisher Hektarbeiträge zu erheben, soll zukünftig dem Gefahrenpotential unterschiedlicher Betriebszweige Rechnung getragen werden. In Nordrhein-Westfalen, wo bereits nach Risikogruppierungen Beiträge kassiert werden, zahlt dann ein 70 ha Milchviehbetrieb so viel, wie ein 400 ha Ackerbaubetrieb. Das einstige Solidarprinzip: Die Großen tragen die Kleinen mit, ändert sich. Verlierer sind die kleineren, viehhaltenden, vielseitigen Betriebe. In Bundesländern, in denen es noch mehr davon gibt, wie z. B. in Baden-Württemberg, soll denn auch das neue System zur Beitragsbemessung Schritt für Schritt über Jahre und unter Umständen in einer abgemilderten Form eingeführt werden. Bundeseinheitliche Beiträge sind im Moment jedenfalls noch nicht abzusehen. Ebenso wie eine bundeseinheitliche Berufsgenossenschaft nach wie vor am Widerstand der Bundesländer scheitert. Die Bundespolitiker, allen voran Minister Seehofer, hätten gerne so eine Zentralstelle. Schließlich möchten sie Einfluss nehmen, auch trotz ihres unter Umständen geringer werdenden finanziellen Engagements. Seehofer hat sich jetzt nur für die nächsten zwei Jahre auf Bundeszuschüsse in Höhe von jeweils 200 Mio Euro festgelegt.



Stierhaltung könnte unbezahlbar werden

Foto: Redaktion

Regel als Ausnahme auf den Höfen, ein Umstand, der nicht geleugnet werden sollte. Die niedersächsische *Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung* schreibt, dass bei einem Drittel aller der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gemeldeten Unfälle die betroffene Person über 50 Jahre alt ist. Dass sich der Bauernverband hier nicht durchgesetzt hat, ist also positiver Aspekt des nun vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurfes zur Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Ansonsten sind die beschlossenen Einsparungen vor dem Hintergrund der Problematik von der immer stärker schrumpfenden Solidargemeinschaft Landwirtschaft zwar nachvollziehbar, aber trotzdem schmerzlich. So werden die mit dem Wort Flexibilisierung ge-

Biogas, die Energie vom Bauern?

Bäuerlich oder industriell? Mit der Novellierung des EEG Ende kommenden Jahres werden die Weichen für die grüne Energie vom Acker gestellt.

Der Mais wird teurer in diesem Jahr. Das merken vor allem die Betreiber von Biogasanlagen. Wer in diesem Jahr versucht, neue Lieferverträge mit Landwirten abzuschließen, hat Mühe, Interessenten zu finden. Bei den derzeit hohen Preisen für Getreide und mit der Hoffnung auf einen weiteren Preisanstieg möchten sich nur wenige Betriebe langfristig binden.

Wer seine eigene Biogasanlage mit Mais beschickt, kann sich über eine möglicherweise höhere Rentabilität anderer Kulturen ärgern. Wegen der getätigten Investitionen wird er aber am Anbau festhalten müssen, um die Anlage auszulasten und Kredite zu bedienen.

Der Handlungsspielraum für all diejenigen, die sich auf die Biogasproduktion gegebenenfalls im Tausch gegen die Milchviehherde spezialisiert haben, wird zunehmend enger. Anlagengrößen von 500 kW elektrischer Energie, wie sie bei Neuanlagen inzwischen fast schon zur Regel geworden sind, bedeuten für den landwirtschaftlichen Betrieb eine finanzielle Kraftanstrengung, deren Gelingen von einer seriösen Kalkulation der Erlöse, aber vor allem der Kosten abhängt. Mit ca. 40 Prozent sind die Rohstoffkosten ein entscheidender Faktor für die Effizienz der ganzen Anlage.

Boomfaktor EEG

In den letzten Jahren sind, ausgelöst durch die Novellierung des EEG im Jahr 2004 und die damit verbundene deutliche Steigerung der Einspeisevergütung, immer mehr Kapitalanleger und Energieversorger als Anlagenbetreiber aktiv geworden. Mit der Schmacks Biogas und der Envitec gibt es sogar zwei Unternehmen, die Anfang dieses Jahres den Sprung an die Börse gewagt haben. Allerdings hatten die beiden vorrangig auf den Bau von Anlagen spezialisierten Unternehmen einen schlechten Start. Begründet ist dieser vor allem in einem Nachfragerückgang gegenüber dem Vorjahr. Vor allem die deutlich gestiegenen Rohstoffpreise machen den Einstieg in die Biogasproduktion und eine langfristige Festlegung bei gleichzeitig hohen Investitionen für Landwirte inzwischen wenig interessant. Auch für Energieunternehmen und Kapitalanleger wird es vor diesem Hintergrund immer schwieriger, langfristige Lieferverträge für neue Anlagen abzuschließen.

Bremse EEG

Ein entscheidendes Argument für die derzeit abwartende Haltung der Investoren sieht der Fachverband Biogas in der anstehenden Novellierung des EEG zum 01.01.2009. Schon im Juli hatte Umweltminister Sigmar Gabriel in dem von ihm vorgestellten Erfahrungsbericht zum EEG mögliche Änderungen angedeutet. So soll die Grundvergütung in Zukunft um 5 Cent/kWh gesenkt werden. Für

eine 250 kW Anlage würde dies eine Reduktion der jährlichen Vergütung um ca. 10.000 Euro bedeuten. Vor allem die Hersteller-Firmen der Biogasbranche befürchten eine anhaltende Stagnation. Schon in diesem Jahr sei aufgrund der hohen Rohstoffpreise ein Rückgang der Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich um ca. 50 Prozent zu verzeichnen gewesen.

Gut für Kapitalanleger

Zu einer ganz anderen Bewertung kommen die Börsenanalysten. Sie zeichnen die Biogasbranche als ein gutes Feld für langfristige Investitionen. Abgesichert durch die auf 20 Jahre festgeschriebenen Vergütungen durch das EEG. Dabei sei auch eine Absenkung der Vergütung um 5 Cent kein Hindernis. Die Struktur und Zusammensetzung der Marktbeteiligten werde sich in den nächsten Jahren grundlegend ändern. Kleinere Betriebe würden durch finanzstarke Marktteilnehmer verdrängt. Viele der kleineren Anlagen bis 500 kW würden in Zukunft nicht mehr rentabel sein. Dies sei zum einen in der Anlagengröße aber auch in einer fehlenden Professionalität bei der Anlagenführung begründet. Viele der landwirtschaftlichen Anlagen hätten zudem Einbußen, da durch die oftmals isolierte Lage eine sinnvolle Nutzung der Abwärme nicht möglich sei. Da auch große Anlagen oft abseits von Wärmekunden liegen, wird in der Einspeisung von Biogas in öffentliche Netze, wie sie inzwischen verstärkt von Energieunternehmen

betrieben wird, eine mögliche Lösung gesehen.

Immer größer

In den vergangenen anderthalb Jahren sind an verschiedenen Standorten vor allem in Ostdeutschland sogenannte Biogasparcs als Ansammlung von 500 kW Anlagen entstanden. Der größte wird von der Firma NAWARO in Penkun betrieben und besteht aus 40 Modulen mit jeweils 500 kW. Bisher profitieren derartige Konstruktionen davon, dass jede der 500 kW-Einheiten in den Genuss der höheren Grundvergütung für Anlagen von 150–500 kW kommt. Allerdings diskutiert der Bundesrat, ob diese Form der Kopplung von Anlagen nicht wie eine größere Anlage zu behandeln sei. Dies wiederum würde die Entwicklung hin zu großen Anlagen nochmals beschleunigen, so die Analysten. Völlig zu übersehen scheinen die Börsencracks dabei, dass dem Größenwachstum allein schon durch die Rohstoffbeschaffung Grenzen gesetzt werden. In Penkun dürften die maximalen Entfernungen zwischen 50 und 70 Kilometer von der Anlage betragen. Rein rechnerisch bleibt damit ein Großteil der grünen Energie auf der Straße.

Gülle zu Strom

Völlig in Vergessenheit zu geraten droht der Ansatz, Biogas aus Gülle als einem Abfallprodukt der Tierhaltung zu produzieren. Das in der Gülle vorhandene Methan kann als Biogas genutzt werden, ohne dass sich der Düngewert der Gülle deut-

lich verschlechtert. Im Gegenteil gilt Biogasgülle als weniger aggressiv gegenüber den Kulturen und ist auch geruchlich weniger intensiv.

Ausgehend von dem Ansatz eines vielfältigen Betriebsorganismus Landwirtschaft integriert sich diese Form der Biogasproduktion harmonisch in den Betriebsablauf, ohne dass hierfür hektarweise Energiepflanzen angebaut oder Betriebszweige aufgegeben werden müssen. Kleine Anlagen haben zudem den Vorteil, dass trotz ihrer dezentralen Lage die Wärmeenergie fast vollständig von den Betrieben für die Heizung der Wohngebäude und der Warmwasserversorgung genutzt werden kann. Bisher berücksichtigt das EEG die besondere Situation von Kleinanlagen nur ungenügend. Und das obwohl sie in besonderer Weise den Zweck des Gesetzes, „...im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, ...“ nachkommen, ohne in Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion zu stehen. Der Fachverband Biogas fordert deshalb eine Erhöhung der Grundvergütung von Kleinanlagen bis 50 kW von 10,67 auf 13,68 Cent. Die Renergie aus dem Allgäu geht deutlich weiter und fordert eine „Klein-BHKW-Erzeugerregelung“: Bei der Nutzung hofeigener Wirtschaftsdünger, einer jährlich erzeugten Strommenge bis höchstens 100.000 kWh (maximal 30 kW/el Generatorleistung) und ei-



Die Maßschneider der Branche

Trotz Serienproduktion und Größenwachstum hat die maßgeschneiderte Biogasanlage weiterhin Zukunft. Besonders dann, wenn ein novelliertes EEG die hofnahe Anlage mehr fördert als bisher

Groß, größer, am größten. Kein Zweifel, das war das Leitmotiv der Biogasbranche in den letzten drei Jahren. Seit die Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes den Bioenergie-Akteuren den Nawaro-Bonus von sechs Cent pro Kilowattstunde beschert, wuchs nicht nur der Markt, sondern auch die Anlagengröße in kürzester Zeit zu ungeahnten Dimensionen heran. Galt vor zehn Jahren jeder Bioreaktor von mehr als 100 Kilowatt (kW) Leistung als ziemlich groß, so liegt die durchschnittliche Kraftwerksleistung heute schon bei 500 kW elektrischer Leistung. Mit der Dimension der Anlagen hat sich auch die Betreiberstruktur gewandelt. Waren es früher hauptsächlich Landwirte mit Einzelhofanlagen, sind es heute mehr und mehr Gesellschaften von Gemeinschaftsanlagen, aber auch Stadtwerke, Unternehmen aus der Abfallwirtschaft oder Investoren, an deren Projekten insbesondere Banken Gefallen finden. Interessiert sind auch die großen Energieversorger – längst fragen sie schlüsselfertige Biokraftwerke nach. Damit haben sich auch die Projektierer verändert: Statt kleiner Planungsbüros mit ein oder zwei Mitarbeitern werden Großprojekte wie die 40 Megawatt Anlage in Penkun häufig von großen Firmen in Eigenregie geplant und betrieben.

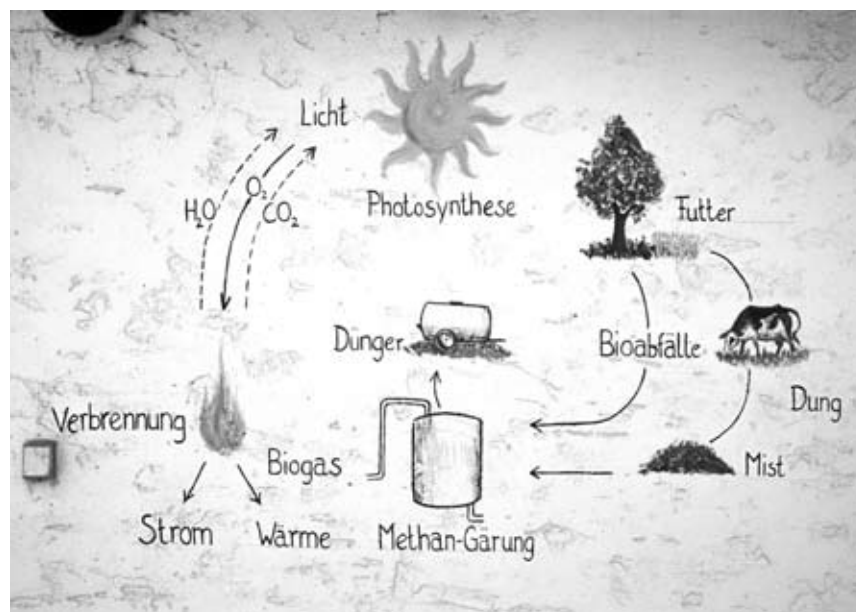
Kleine Hofanlage mit großer Zukunft

An diesen Geschäften nehmen die kleinen Ingenieurbüros kaum teil. „Wir sollten nicht meckern – sondern lieber froh sein, dass überhaupt soviel passiert ist“, sagt Hauke Oldsen aus Nordfriesland. Während

für gewöhnlich die kleinen Planungsbüros eher kleine Biogasprojekte realisieren, ist Groß und Klein für ihn kein Widerspruch. „Ich habe keine Angst vor einer 1,5 Megawattanlage, die ich durchaus planen und umsetzen könnte“, sagt er. Andererseits seien seine Auftragsbücher auch ohne Megawatt-Projekte voll. Sein Schwerpunkt liege bei landwirtschaftlichen Anlagen von 250 bis 500 Kilowatt. Seit mehr als zehn Jahren plant und baut er Biogasanlagen. Er hat inzwischen schon über 50 Anlagen – meist in Schleswig-Holstein – auf den Weg gebracht. Zuerst ganz allein, seit einigen Jahren mit einem kleinen Mitarbeiterstab in seinem Büro in Niebüll. Die kleinen Hofanlagen haben nach Oldsens Einschätzung durchaus eine Zukunft. So unterstreicht er vehement die Wirtschaftlichkeit von Anlagen mit einer elektrischen Leistung von unter 100 Kilowatt: „Einer meiner Kunden ist Schweinehalter und betreibt eine 80-kW-Anlage. Er nutzt die Wärme komplett für seine Ställe, das passt und rechnet sich.“ Eine solche Anlage verlangt nach einem maßgeschneiderten Konzept, bei dem sowohl Größe als auch Zusammenstellung der Komponenten wie Rohrleitungen, Fundamente, Behälter, BHKW-Technik sowie Anlagen-Optik nicht von der Stange kommen. Stattdessen wählt der Nordfrieze diese kostenbewusst und standortgerecht aus. Einschränkung: Der Aufwand würde sich wohl nicht rechnen, wenn ein Investor im Hintergrund eine zweistellige Rendite einfordert. Oldsen stellt klar, dass Kleinanlagen solche Margen keinesfalls erwirt-

schaften, das sei aber auch gar nicht die Zielsetzung. „Für die meisten Landwirte ist die Energieerzeugung mit einer Hofanlage ein lukratives Geschäft als Ergänzung zur Landwirtschaft. Die Gülle wird sinnvoll genutzt, mehr aber nicht“, so Oldsen. Überhaupt: Gülle als Energieträger ist nach Auffassung von Oldsen in den letzten Jahren durch den Nawaro-Bonus ziemlich ins Hintertreffen geraten. „Die Gülle ist derzeit unterbewertet“, sagt der viel beschäftigte Agraringenieur. In dem Zusammenhang erwähnt er einen Betrieb, in dem 10.000 Kubikmeter

Präferenzen für eine bestimmte Anlagengröße: „Die geeignete Anlage ist immer diejenige, die sich optimal in das Territorium einfügt. Zudem muss es auch regional passen.“ Allerdings sieht er in der Drei-Megawatt-Anlage eine Obergrenze, denn ab dieser Größenordnung gingen die Projekte „gegen die Ökologie“. Der Diplom-Ingenieur für Landtechnik, der zu DDR-Zeiten Instandhaltungsbetriebe managte und nach der Wende viele Jahre für die Biogasanlage Entec arbeitete, berät seit 2001 vor allem Kunden in den fünf ostdeutschen Bundesländern. In der Re-



Ganz einfach: das System Biogas

©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Gülle anfallen und ungenutzt bleiben, obwohl direkt nebenan ein Bioreaktor der Megawattklasse installiert wurde.

Ob klein oder groß hängt vom Standort ab

Da würde einer wie Manfred Gegner sicherlich die Nase rümpfen. Aber bevor sich der Unternehmensberater für Biogas ein präzises Urteil erlaubt, nimmt er den jeweiligen Standort genau unter die Lupe. „Es gibt bis zu 50 Faktoren, die berücksichtigt werden müssen“, erklärt er. Jeder Standort hat seine Eigenheiten, auf die es sich einzugehen lohnt: perspektivische Entwicklung des Betriebes, Arbeits- und Platzbedarf, räumliche Einordnung, Substrate und betriebliches Know-how, um nur einige Faktoren zu nennen. Ohnehin gibt es für den im brandenburgischen Nauen beheimateten Biogas-Experten keine

gel sind das die großen Nachfolgebetriebe ehemaliger LPGen, für die er individuelle Anlagenkonzepte entwickelt und Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchführt, bevor er einen Generalunternehmer mit der Realisierung beauftragt. Nach sechs Jahren freiberuflicher Tätigkeit, in der er über 80 Konzepte und Projekte betreut hat, traut er sich als Einmann-Ingenieurbetrieb durchaus an Megawattprojekte heran. Damit ist er eine große Ausnahme unter den Planern. Er sagt, für ihn als Berater und Bau begleitender Betreuer sei der Job nicht eine Frage der Größe, sondern der Kompetenz. Wachsende Anlagengrößen müssen nach Auffassung des 65-Jährigen nicht notwendigerweise kleine Ingenieurbüros verdrängen. „Sicherlich finden die Kleinen der Branche auch in Zukunft ihren

Fortsetzung von Seite 11 ►

ner überwiegenden Nutzung der Wärme eine Vergütung mit 35 Cent/kWh.

Politischer Wille und politischer Weg

Die Biogasproduktion wird, wenn man den Analysten der verschiedenen Lager Glauben schenkt, in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Fraglich bleibt jedoch, welche Form die Entwicklung nimmt. Hier ist die Politik und an erster Stelle Umweltminister Sigmar Gabriel als für das EEG unmittelbar

verantwortlicher Minister in der Pflicht. So faszinierend die Zahlen im zweistelligen Megawattbereich vor dem Hintergrund der heiß geführten Klimadiskussion auch anmuten, die Ausrichtung des EEG hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Agrarwirtschaft. Sie entscheidet darüber, ob die staatlichen Gelder in eine nachhaltige, regional starke, auf Lebensmittelproduktion ausgerichtete Landwirtschaft investiert werden oder ob sie zur Spekulationsmasse von Kapitalanlegern werden.

mn

Fortsetzung auf Seite 13 ►

Fortsetzung von Seite 12 ►

Platz“, ist der Regionalgruppensprecher Brandenburg-Berlin des Fachverbandes Biogas überzeugt. Und tatsächlich bilden kleine Ingenieur-



die Rohstoffproduzenten ...

Foto: Redaktion

büros im Verband nach wie vor eine nennenswerte Fraktion. Unter den 2.600 Mitgliedern im Fachverband Biogas sind rund 130 Planungs- und Beratungsbüros, die weniger als drei Mitarbeiter haben. Zum Vergleich: Rund 350 Büros liegen über diesem Beschäftigungsniveau. Gerade diese sind es, die in der Regel über sehr viele Erfahrungen und hohe Flexibilität verfügen.

Kleine Planer entdecken das Ausland

Aufgrund ihrer Erfahrungen eröffnen sich ihnen längst auch die Auslandsmärkte. Viele kleine Planungsbüros sind seit Jahren im Ausland tätig, wie beispielsweise das von Andreas Scheibner in Bruckmühl bei Rosenheim. Der Ingenieur für Produktions- und Verfahrenstechnik hat vier fest angestellte Mitarbeiter; man plant, handelt, konstruiert, fertigt Bauteile und ist quasi Komplettanbieter. „Vier sind personell klein, aber nicht von der Umsetzung“, sagt Scheibner. Er beurteilt den deutschen Markt skeptisch. Den viel zitierten Biogasboom sehe er überhaupt nicht. „Wo sollen bloß die 200.000 Biogasanlagen herkommen, die Feldflächen sind doch begrenzt“, kritisiert er eine unrealistische Zielperspektive in Deutschland. Das Auslandsgeschäft ist aus Sicht des Bayern langfristig wichtig, um den Absturz in ein tiefes Tal zu vermeiden. Schon heute belie-

fert er Kunden in Frankreich, Spanien, Südafrika und den USA. Auch Ekkehard Schneider vom Ingenieurbüro für Biogastechnik in München ist oft im Ausland unterwegs. Frankreich, China und Korea stehen im

Terminkalender. „Ich bin vollkommen unabhängig vom Markt“, sagt er fast trotzig.

Kleine Strukturen bevorzugt

Von der Megawatt-Euphorie à la Penkun hält Ekkehard Schneider nur wenig. „Um Gottes willen...“, womit das Gründungsmitglied des Fachverbandes Biogas eigentlich schon alles gesagt hat. „Wir sind mal angetreten, um den Bauern ein weiteres Standbein zu ermöglichen“, holt er weiter aus, „ich habe kein Interesse an irgendwelchen Projekten, wo es in erster Linie um Anleger und Fondsinteressen geht.“ Für Ekkehard Schneider zeichnet sich ein deutlicher Interessenkonflikt zwischen Klein und Groß ab – zwischen Großbetreibern mit Multimewatt-Projekten und kleinen, privaten Betreibern von Minibiogasanlagen.

Erwin Köberle, Sprecher des Arbeitskreises Sicherheit des Fachverbandes Biogas, wünscht sich ein Comeback der Kleinanlagen. Der studierte Maschinenbauer ist ein echtes Urgestein der Biogasszene, hat schon 1985 eine Zwölf-Kilowatt-Biogasanlage mit in Betrieb genommen. Heute leitet er sein Ingenieur-Büro Biogaskontor in Obermarchtal. Neben Planung und Montage ist das Team um Köberle auch im Komponentenbau aktiv. Seine Kunden befinden sich im Umkreis von 150 Kilometer. Derzeit

überwiegen Bauvorhaben, bei denen Betreiber ihre bisherigen Anlagen in der Bandbreite von 75 kW bis 300 kW auf jetzt 300 bis 600 kW aufstocken. Da sind Einzellösungen gefragt, kein schlüsselfertiger Bau. „Genau um solche Fälle kümmern wir uns“, sagt Köberle, „damit es letztlich für die Betreiber passt und deswegen haben wir wohl auch so viele Aufträge.“ Obwohl er wie viele seiner Kollegen schon einen Nachfragerückgang im Biogasmarkt bemerkt, sieht der 50-Jährige für seine Firma eine bessere Zukunft denn je. Allerdings wünscht er sich, dass Anlagen unter 100 kW Leistung elektrisch wieder mehr in den Blickpunkt rücken. Und auch seine Sympathie für den ökologischen Landbau versteckt er nicht. „Die Fütterung mit Biomasse aus ökologischem Landbau müsste im nächsten EEG mit zwei Cent höher vergütet werden.“ Ob schon keiner genau weiß, wie viele Bioreaktoren unter 100 kW Leistung in Deutschland eigentlich Methan erzeugen, geht Andrea Horbelt, Pressesprecherin vom Fachverband Biogas, davon aus, dass es mindestens 750 von inzwischen 3.500 Anlagen insgesamt sind. Wie viele es auch ge-

Landwirte bei Kleinanlagen ab. „Kein Wunder, die sind meistens unwirtschaftlich“, meint Conrad Wiebking, der ein Ingenieur-Büro im niedersächsischen Loccum betreibt und nebenher Schulungen zum Thema Biogas anbietet. Übertriebene Bauauflagen erschweren die Realisierung von vielen Projekten, so der Diplom-Mineraloge. Er registriert zudem eine zunehmende Blockadehaltung der Netzbetreiber gegenüber potenziellen Betreibern. „Die geben negative Auskünfte über die Netzkapazität und machen das Biogasgeschäft am Ende lieber selbst.“

Wiebking's baden-württembergischer Kollege Karl-Ulrich Beck aus Hüttisheim-Humlang in der Nähe von Ulm spürt die Konkurrenz der Energieversorger ebenso. Erst vor einem halben Jahr machte sich der 34-Jährige als Ingenieur für Biogasanlagen selbstständig. Er sieht sein künftiges Einsatzgebiet vor allem in der Gemeinschaftsanlage mit bis zu 500 kW Leistung inklusive einer wohldurchdachten Wärmenutzung.

Eine neue Chance für kleine Hofanlagen sieht Beck nur dann, wenn die Politik neue Anreize für die Vergärung von Gülle und Mist schafft.



... der Rohstoff, viel zu oft ungenutzt.

Foto: ©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

nau sein mögen: Weniger Nawaro, weniger Degression und dafür höhere Einspeisetarife für Anlagen unter 150 kW – das ist das Credo des Biogas-Pioniers Köberle, damit Biogas wieder auf den landwirtschaftlichen Höfen eine ökonomische Chance hat.

Kleine Anlagen manchmal nicht wirtschaftlich

Unter den gegenwärtigen Bedingungen winken jedoch die meisten

Vorteil: Hofnahe Anlagen haben dann den Vorteil, dass kostenintensive Transporte wegfallen.

Dieser politische Schritt muss nicht zwangsläufig den Interessen von Großprojektierern und Betreibern von Nawaro-Biogasanlagen entgegenwirken. Es geht vielmehr um noch brachliegende Potenziale in der Landwirtschaft. So fallen nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes

Fortsetzung auf Seite 14 ►



Foto: © BMU / Brigitte Hiss

Fortsetzung von Seite 13 ►

deutschlandweit jährlich rund 200 Millionen Kubikmeter Gülle und Mist an. Sprichwörtlich ein Riesen Haufen Scheiße, in dem nach vorsichtigen Schätzungen von Experten rund zehn Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie stecken – vorausgesetzt man würde sie vergären. Was aber nach den Worten von Frank Petzold, Referatsleiter Energiepolitik beim Bauernverband, bisher nur zu einem Viertel, maximal bis zu einem Drittel geschieht. Blieben grob überschlagen noch 7,5 Milliarden Kilowattstunden übrig, die noch unverwertet vor sich her stinken. Das ist eine beeindruckende Zahl angesichts der fünf Milliarden Kilowattstunden Strom, die die deutsche Biogasbranche im Jahre 2006 ins Netz eingespeist hat. Mit anderen Worten: Das theoretische Potenzial aus Tierexkrementen liegt bei einer Kraftwerksleistung von einem Atommeiler und würde überdies die Methan-Emissionen in der Landwirtschaft in erheblichem Umfang reduzieren helfen. Das wären dann zwei Fliegen mit einer Klappe – eine Riesenaufgabe für die Maßschneider der Branche.

Dierk Jensen

Wachsende Kritik an Agrofuels

Wegen steigender Rohstoffpreise und schlechter Ökobilanz wird von verschiedenen Seiten ein Umdenken bei Förderung von Agrofuels gefordert

Biotreibstoffe sind der größte Angriff auf die Biodiversität!“ resümierte Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dekan der Bren School für Umweltwissenschaft und -management der Universität Kalifornien. Der ehemalige Präsident der Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie machte bei einem Vortrag auf die besonderen Gefahren aufmerksam, die seiner Meinung nach von dem derzeitigen Boom von Agrotreibstoffen ausgehen. Durch den Anbau der Biospritpflanzen in riesigen Monokulturen werde die Artenvielfalt massiv bedroht. Auch habe der Anbau und die Nutzung der Energiepflanzen in ihrer bisherigen Form nichts mit Klimaschutz zu tun, sondern führe in eine ökologische Krise. Einzig eine Nutzung von aus Zellulose gewonnenem Ethanol diene dem Klimaschutz. Diese hierfür notwendige Technik befinde sich allerdings noch in der Entwicklung. Nach Ansicht des Wissenschaftlers wird der aktuelle Trend zum Anbau von Pflanzen zur Ethanolproduktion von einer Agrarlobby gesteuert, die sich verspricht, damit „steinreich“ zu werden.

Agrofuels treiben die Preise

Ebenfalls Kritik kommt von offizieller Seite. In einem gemeinsamen Report,

den die OECD mit der Welternährungsorganisation FAO verfasst hat, konstatieren die beiden Organisationen weltweit steigende Preise vieler Agrarrohstoffe. Sie warnen vor den Auswirkungen, die eine längerfristige Preissteigerung, ausgelöst durch eine erhöhte Nachfrage von Getreide, Zucker und pflanzlichen Ölen sowie einer steigenden Produktion von Agrodiesel und Agroethanol zur Folge hätte.

Die beiden Organisationen rechnen für die kommenden Jahre bis 2016 mit einer Verdopplung der Ethanolproduktion in den USA. In Europa, so die Vorhersage, werde der Rapsanbau von derzeit 10 Mio. Tonnen auf 21 Mio. Tonnen ansteigen. Ähnliches gilt für Brasilien, wo erwartet wird, dass die Ethanolproduktion von derzeit 21 Milliarden auf dann 44 Milliarden Liter der Produktionsmengen ansteigt. Vor allem Länder, die auf Lebensmittelimporte angewiesen sind, sowie die armen Bevölkerungsschichten würden durch diese Entwicklung besonders getroffen. Auch wird darauf hingewiesen, dass die Gewinne der Energiepflanzenanbauer wegen der damit gestiegenen Futtermittelkosten zu Lasten der Tierhalter gingen. Die Organisationen riefen die Regierungen auf, ihre Subventi-

onen in diesem Bereich zu kürzen.

Sinnvolle Förderung ohne Dumping

Der Grüne Europaabgeordnete Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf hält im Gegensatz zur OECD Verlautbarung einen Anstieg der Erzeuger-Preise bei Lebensmitteln für dringend erforderlich. In der Vergangenheit seien vor allem bäuerliche Existenzen durch Dumpingpreise vernichtet worden. Allerdings sieht auch er die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen kritisch. Die industrielle Produktion von Ethanol und Pflanzen-Dieselmotorkraftstoff ist nicht energieeffizient, problematisch für den Umweltschutz und wenig hilfreich für die Klimaproblematik. Zudem steht sie in Flächenkonkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion und trägt damit zu einer weltweiten Verknappung von Nahrungsmitteln und Trinkwasser bei, so der Abgeordnete. Bio-kraftstoffe pauschal zu subventionieren sei falsch, denn es habe bereits dazu geführt, dass massenhaft Flächen umgewidmet würden, Regenwald abgeholzt würde, um Ölpalmen zu pflanzen, und dass Lebensmittel, beispielsweise Mais in Mexiko, knapp würden.

mn

Immer mehr Energie vom Acker



Energiehunger fordert immer mehr Ackerflächen

Foto: Gunter Hartmann, Landwirtschaftskammer NRW

In Deutschland werden in diesem Jahr auf rund 2 Mio. Hektar Energie- und Industriepflanzen angebaut. Das geht aus einer Schätzung der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe (FNR) hervor. Knapp 17 Prozent der in Deutschland 12 Mio Hektar Ackerfläche werden damit nicht mehr zur Nahrungsmittelproduktion genutzt. Gegenüber dem Jahr 2004 hat sich die Anbaufläche verdoppelt. Auf dem mit 1,75 Mio Hektar größten Teil der Flächen wachsen Energiepflanzen.

An vorderster Stelle steht nach wie vor Raps für die Produktion von Biodiesel und Pflanzenöl (1,1 Mio ha). Der Biogasboom hat dazu geführt, dass mittlerweile auf 400.000 ha Mais angebaut wird. Getreide und Zuckerrüben für die Ethanolproduktion liegen mit 250.000 ha auf Platz drei.

Die Fachagentur geht davon aus, dass es trotz dieses massiv wachsenden Flächenbedarfs nicht zu Konflikten mit der Nahrungsmittelproduktion kommen wird. Vielmehr rechnet Andreas Schütte, Geschäftsführer der FNR, damit, dass

durch den Bevölkerungsrückgang und die Produktionssteigerung bis zum Jahr 2030 auf 2 Mio. Hektar Energiepflanzen wachsen könnten. Industriepflanzen spielen neben dem Energiepflanzenanbau nur eine untergeordnete Rolle. Kartoffeln für die Produktion von Industrie-

stärke werden auf 120.000 ha angebaut. Heil- und Färberpflanzen werden auf 10.000 ha angebaut. Das Schlusslicht bildet der Anbau von Faserpflanzen. Lein und Hanf werden auf ca 2.000 ha geerntet.

mn

Alte Ausforschung im neuen Kleid

Bundesministerium legt nicht-EU-rechtskonformen Nachbaugesetzesentwurf vor

Vereinfachend, entbürokratisierend und den Rechtsfrieden wieder herstellend soll es wirken, das neue Nachbaugesetz. So steht es in dem nun veröffentlichten Entwurf des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Änderung des Nachbauparagraphen im Sortenschutzgesetz. Die Lösung soll – wie ja schon in Vorgesprächen und daraufhin in der *Bauernstimme* angekündigt – eine Verlagerung der Informationspflicht weg von den Bäuerinnen und Bauern hin zu den Aufbereitern von Saatgut sein. Die Aufbereiter und Abpacker von Kartoffeln sollen als Flaschenhals Nachbaugebühren ihrer Kunden an die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) und damit an die Pflanzzüchter abführen. Auf den ersten Blick mag das tatsächlich einfacher wirken, die Zahl der Ansprechpartner reduziert sich von 90.000 Bäuerinnen und Bauern auf rund 3.000 Aufbereiter. Diese sollen laut Gesetzentwurf dazu verpflichtet werden, Sortennamen von ihren bäuerlichen Kunden zu erfragen, und schon ist die Transparenz geschaffen, um Nachbaugebühren einziehen zu können. Damit wäre die allgemeine Auskunftspflicht, die die STV bislang gegenüber den Bäuerinnen und Bauern für sich in Anspruch nahm, die aber durch die Gerichtsentscheidungen von BGH und EuGH abgelehnt wurde, nun für die Aufbereiter installiert. Die Ausforschung der Landwirtschaft, wie sie die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) immer abgelehnt hat, wäre wieder da.

Nicht EU-konform

Zum Glück ist es so einfach aber alles doch nicht, der zentrale Inhalt des Gesetzentwurfes, nämlich der Gebühreneinzug über die Aufbereiter und Abpacker, ist nicht zu vereinbaren mit der, jedem nationalen Nachbaugesetz zugrundeliegenden, EU-Regelung. Damit würden, käme es zur Umsetzung des vorliegenden Entwurfes, zwei unterschiedliche Rechtssysteme nebeneinandergestellt. Ganz praktisch heißt das: EU-geschützte Sorten würden komplett anders behandelt, als national geschützte Sorten.

Dieser Umstand macht sich in Zeiten, in denen sich die große Regierungskoalition in Berlin die Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung mit dem EU-Recht als eins der vordersten Ziele auf die Fahnen geschrieben hat, mehr als schlecht. Das erkennt auch der Schreiber des Gesetzentwurfes, aber es sei den Wirtschaftsbeteiligten ja freigestellt, das hier entworfene Verfahren auch für die gemeinschaftlich geschützten Sorten anzuwenden, so die Formulierung. Außerdem könne man doch dann gleich das EU-Nachbaugesetz dementsprechend ändern. Damit wird allerdings völlig ausgeblendet, dass es in keinem anderen Land der EU größere Probleme mit der vorhandenen Regelung gegeben hat, nirgendwo sonst wurden gerichtliche Auseinandersetzungen geführt. Bei uns haben diese Verfahren aber dafür gesorgt, dass nach jahrelangem Ausforschungsbegehren und überhöhten Zahlungsforderungen der STV und der Züchter ein gewisser Interessensausgleich zwischen Bauern und Züchtern wieder hergestellt wurde. Auch die Richter an EuGH und BGH rieten den Züchtern mehrfach, doch überhaupt erst einmal nach neuen Möglichkeiten Ausschau zu halten, wie sie denn zu ihrem Recht kommen können. Stattdessen beklagten die Züchter immer nur ihre Handlungsunfähigkeit und haben nun durch ihre Lobbyarbeit im Ministerium diesen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der zudem auch durch praktisch-technische Unzulänglichkeiten glänzt. Eine entscheidende ist z. B. die Tatsache, dass Aufbereiter und Abpacker weit vor oder nach dem eigentlichen Nachbauakt in der Produktionskette stehen (der EuGH schrieb, sie seien nur die „Gehilfen des Landwirts“) und damit die Gebührenabgabe gar nicht mehr exakt an den Nachbau des Einzelnen gekoppelt werden kann.

Die IGN lehnt denn auch diesen Neuentwurf ab und hält es stattdessen für mehr als angemessen, erst einmal die vorhandene Regelung unter den neuen Bedingungen, die die höchstrichterlichen Urteile geschaffen haben, ernsthaft auszuprobieren. Die Züchter sollten ihre Verweigerungshaltung aufgeben und nach ernsthaften Lösungen suchen.

Diese Einschätzung vertraten die Vertreterinnen und Vertreter der IGN auch bei ihren Gesprächen mit verschiedenen Bundestagsabgeordneten. Dabei stießen sie bei Ulrike Höfken und Cornelia Behm von den Grünen wie auch Peter Bleser von der CDU und Elvira Drobinski-Weiss von der SPD auf großes Verständnis. Bleser, selbst aus der Landwirtschaft stammend, machte deutlich, dass er den Weg über die Aufbereiter für problematisch halte und bei den Bäuerinnen und Bauern stehe. Seine grünen Kolleginnen wollen Informationen einholen, wie es denn



Die IG-Nachbau im Gespräch mit Peter Bleser (CDU)
Quelle: Redaktion

in Europa noch so läuft. Das interessiert auch SPD-Agrarexpertin Elvira Drobinski-Weiss, die deutlich die Schwierigkeit der zwei unterschiedlichen Rechtssysteme, die dieser Gesetzentwurf produzieren würde, sieht und in konkrete Gespräche mit den übrigen politisch Verantwortlichen einsteigen will.

Zunächst ist es jedoch an den vom Ministerium angeschriebenen Interessensverbänden, eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf abzugeben. Auf die des Bauernverbandes darf man gespannt sein. Hört er auf die Stimmen verschiedenster Landesbauernverbände, so muss er zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Gesetzesvorschlag kommen. Es wird sich zeigen, ob Basis und mittlere Führungsebenen inzwischen bis an die Spitze durchdringen oder ob die Verbundenheit mit den Züchtern nach wie vor die größere ist. Eindeutig wird jedenfalls die Stellungnahme der IGN ausfallen: Dieser Gesetzentwurf gehört in den Papierkorb.

Weizenanbauer gesucht!

Wenn die Gaterslebener Genbank nicht mehr den gentechnikfreien Erhalt ihrer Saatgut-Sammlung garantieren kann, müssen es andere tun. Nachdem dieses Jahr erstmals gentechnisch veränderter Weizen auf dem Gelände der Genbank in Gatersleben ausgesät wurde, hat sich als Entwicklung aus der europäischen Saatgutkonferenz im Mai in Halle das „Internationale Notkomitee zur Rettung der

Kulturpflanzenvielfalt und ihrer Ursprünge“ gegründet. Idee des Zusammenschlusses um Saatgutinteressierten aus ganz Europa ist konkret der gentechnikfreie Erhalt jener Weizensorten, die dieses Jahr in Gatersleben aus der Sammlung angebaut wurden. Deshalb wurden in der Genbank Sortenproben jener Sorten nachgefragt. Diese sollen allerdings nicht aus der diesjährigen Vermehrung stammen,

um eine mögliche Kontamination auszuschließen. Die Sortenproben werden dann von Bäuerinnen und Bauern weitervermehrt. Wer Interesse hat, auch von dem alten Weizensaatgut etwas weiterzuerzugen, kann sich melden unter: Internationales Notkomitee; c/o Hof Ulenkrug, Dorfstr. 68, 17159 Dargun OT Stubbendorf; Tel 039959.23881, E-Mail ulenkrug@t-online.de



Engpass

Zertifiziertes Saatgut wird knapp. Zumindest beim Roggen gibt es dieses Jahr ernsthafte Engpässe. Die Pflanzzüchter befürchten offenbar den vermehrten Nachbau auch von Hybridroggen und warnen deshalb in der landwirtschaftlichen Presse: zum einen vor den negativen ackerbaulichen Auswirkungen, die der Nachbau von Hybridsorten bergen kann, aber zum anderen auch davor, mit dem Nachbau von Hybriden einen strafbaren Akt zu begehen. Nachgebaut werden darf nur, was der Züchter erlaubt und nur gegen Zahlung eines Entgeltes. Der Einführung der Nachbaugebühren lag auch das Argument zu Grunde, Z-Saatgut dadurch attraktiver zu machen. Wenn es allerdings nicht genug gibt, lässt sich auch der Absatz nicht steigern ...
cs

Es geht auch ohne

Die Saaten Union hat eine Maissorte mit einer natürlichen Resistenz gegen den Maiswurzelbohrer entwickelt. In den vergangenen 10 Jahren hat der Züchter Peter Goertz in Ungarn nach Maispflanzen gesucht, die gegen den Maiswurzelbohrer resistent sind. Durch Kreuzung ist dann eine resistente Sorte entwickelt worden. Im kommenden Frühjahr soll die Sorte in Ungarn angemeldet werden. Die Saatenunion rechnet mit einer Zulassung im Jahr 2010. Für die deutschen Klimate gibt es bisher keine Sorten. Hier sei der Mehrwert, mangels Schädlingen, schlicht nicht gegeben. mn

Unterbezahlte Kartoffeln

Die holländische Ackerbauern-Organisation NAV hat die vom Stärkehersteller Avebe gezahlten Preise als völlig ungenügend beurteilt.

Statt der jetzigen 52,24 Euro pro Tonne wären 72,74 Euro nötig.

In den Gremien der Avebe sitzt auch Bauernverbands-Vizepräsident Werner Hilse. *en*

Pestizide statt PSM

Der Umweltausschuss des Europaparlaments hat beschlossen, dass in seinen Veröffentlichungen künftig nicht mehr der Begriff „Pflanzenschutzmittel“ verwendet wird, sondern der Begriff „Pestizide“.

agriholland

Eine Planwirtschaft in der Marktwirtschaft

Die norwegische Agrarförderung geht auf die individuellen regionalen Besonderheiten und Unterschiede der Landwirtschaft ein. Hier gelingt, was in der EU unmöglich scheint: Die Förderung einer kleinbäuerlichen, regionalen Landwirtschaft.

Der Markt bestimmt den Preis. So zumindest lautet das Prinzip der EU-Agrarpolitik der vergangenen Jahre. Bisherige Marktbeeinflussungen durch den Staat wurden mehr und mehr zurückgenommen, um die Landwirtschaft dem freieren Wettbewerb zu öffnen. Es gilt, die Produktion gezielt am Markt auszurichten: Nur was der Markt verlangt soll produziert werden – zu den Preisen, die der Markt bereit ist zu zahlen. Damit bestimmen die Kostenführer aufgrund ihrer günstigen Lage zu den Märkten, der intensiven oder großen Produktion die Preise für Agrarprodukte.

Nicht so in Norwegen. Hier nimmt der Staat bewusst Einfluss auf den Erzeugerpreis und auf Art, Umfang und Lage der Produktion, um agrar- und gesellschaftspolitische Ziele umzusetzen. Aufgrund von internationalen Abkommen und Handelsbeziehungen muss auch er dem Markt mehr Einfluss einräumen. Trotzdem ist es Norwegen bis heute gelungen, aktiv die Preisbildung zu gestalten und gezielte Förderungen einzusetzen, um gerade die kleinbäuerliche und regional abgelegene Landwirtschaft zu stärken.

wie Erhaltung der Kulturlandschaft, Schonung der Ressourcen oder Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen. Aus diesem Grund werden sowohl in der EU als auch in Norwegen landwirtschaftliche Betriebe mit Direktzahlungen finanziell unterstützt. Die EU bindet mit dem Verweis auf das WTO-Abkommen das Gros der Zahlungen an die Flächengröße eines Betriebes. Regionale Förderungen werden über Programme der zweiten Säule gewährt.

In der Praxis führt dieses lineare Modell jedoch dazu: Je größer der Betrieb, desto höher die Direktzahlungen und damit das Einkommen. Betriebsrationalisierung und Betriebswachstum sind vorprogrammiert. Der Markt ist eng. Ohne spezielle Förderung können diejenigen Betriebe, die unter weniger günstigen Bedingungen wirtschaften, die keine Kostenführer sind, sich kaum am Markt halten.

Zwar wird die Bedeutung extensiv wirtschaftender und dezentral liegender Betriebe für die Erreichung gesellschaftlicher Ziele hervorgehoben, in den Agrarförderungen spiegelt sich dies jedoch kaum wieder. Aus welchem Grund? Ist es praktisch oder politisch unmöglich, den Verteilungsschlüssel für die Agrarförderungen so zu wählen, dass regional oder größenbedingte Kostennachteile ausgeglichen werden?

Eine alternative Verteilung ist möglich

Das Nicht-EU-Land Norwegen zeigt, dass eine alternative Verteilung von Fördergeldern möglich ist. Eine gezielte Förderung als Ausgleich von Kostennachteilen ist umsetzbar und nicht einmal teurer als das derzeitige EU-Modell. Das beweist das besondere Förderungsmodell der norwegischen Agrarpolitik in seinem über 30jährigen Bestehen.

Zu Grunde liegt der Gedanke, dass gleicher Arbeitseinsatz zu gleichem Einkommen führen soll. Kostenvorteile von großen, intensiven Produktionen sollen durch gezielte Förderung von kostenintensiveren Produktionen aufgrund der Lage, des Umfangs oder des Marktwertes ausgeglichen werden. Gerade in Bezug auf die Regional-, Sozial- und Versorgungspolitik wird der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, der vielseitigen Betriebs- und Produktionsstruktur und der regionalen Verteilung der Landwirtschaft eine bedeutende Rolle zugesprochen.

Umgesetzt wird diese Politik durch drei Steuerungsinstrumente:

1. Direktzahlungen,
2. staatliche Zuschüsse auf Erzeugerpreise und
3. festgelegte Richtpreise.

Direktzahlungen wie Flächen- oder Tierbeihilfen werden nach Umfang der Produktion, nach Region und Marktwert gestaffelt. Das Grundprinzip lautet: Je weiter die Entfernung des Betriebes zum Markt, je geringer die Flächen und kleiner der Tierbestand des Betriebes und je geringer die Verkaufserlöse auf dem Markt, desto höher sind die Fördersätze je Flächen- oder Tiereinheit.

Die Bezuschussung von Erzeugerpreisen ist eine Besonderheit in Norwegen, die allerdings in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer Kopplung an die Produktionsmenge schrittweise zurückgefahren wurde. Der Staat zahlt einen Aufschlag auf jede produzierte Einheit. Dieser wird automatisch durch Genossenschaft oder Erfassungshandel an den Erzeuger ausbezahlt. Da keine Anträge zum Erhalt der Preiszuschüsse gestellt werden müssen, ist der Verwaltungsaufwand sowohl für Staat als auch für den Landwirt deutlich geringer als bei herkömmlichen Direktzahlungen. Preiszuschüsse werden meist regional gestaffelt. Die nördlichsten Regionen erhalten dadurch beispielsweise einen rund 50 Prozent höheren Milchpreis als Milcherzeuger im südlichen Landesteil.

Das dritte Instrument zur Steuerung der Landwirtschaft ist der Richtpreis. Er wird jährlich für die wichtigsten Agrarprodukte festgelegt und gilt überwiegend als Durchschnittspreis, den der Erzeuger innerhalb eines Jahres erzielen sollte. Die Verantwortung für die Erreichung dieser Preise trägt die Landwirtschaft selbst. Landwirte zahlen daher jährlich in einen Fond ein, aus dem Marktregulierungsmaßnahmen z.B. im Falle von Überproduktion finanziert werden.

Die Festlegung der Preise als auch der Direktzahlungen und Preiszuschüsse geschieht nicht allein durch den Staat – und dies ist eine Besonderheit im norwegischen Modell – sondern in gemeinschaftlichen, jährlichen Verhandlungen mit den Vertretern der Landwirtschaft.

Landwirtschaft und Staat auf Augenhöhe

Die Landwirtschaft wird präsentiert durch die beiden norwegischen Bauernverbände: dem Bauernverband „Norges Bondelaget“ und dem abL-nahen Kleinbauernverband „Norsk Bonde- og Småbrukarlaget“. Der Bauernverband vertritt verstärkt Haupterwerbslandwirte und setzt sich für eine effektive, marktorientierte Landwirtschaft durch „natürliches“ Betriebswachstum ein. Der Kleinbauernverband richtet sich im Besonderen an kleinstrukturelle und periphere Landwirtschaft, oft im Nebenerwerb.



Eine raue Landschaft geprägt von tiefen Fjorden ...

Foto: Behrens

Gleiches Ziel

Die agrarpolitischen Ziele der EU und Norwegens sind ähnlich: Für beide ist die Aufgabe der Landwirtschaft sowohl die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln als auch die Bereitstellung öffentlicher Güter

Obwohl die Mitgliederzahlen in beiden Verbänden sehr unterschiedlich sind (Bauernverband: ca. 60.000, Kleinbauernverband: ca. 8.000), in den Verhandlungen mit dem Staat sind ihre Stimmen gleichberechtigt. Dies gilt nicht nur untereinander, sondern im Besonderen auch in ihrer Position gegenüber dem Staat. Auf Augenhöhe mit dem Staat verhandeln die Verbände jährlich neu,

- wie stark die Direktzahlungen gestaffelt werden sollen,
- welche Bestands- oder Flächengröße eine besondere Förderung erhalten soll,
- ab welcher Größe keine weiteren Flächenbeihilfen mehr gezahlt werden sollen
- oder wessen Erzeugerpreise angehoben werden sollen, um ein gewisses Einkommen zu garantieren.

Die Verbände sind also keine Lobbyisten oder Berater, sondern als Verhandlungspartner mitverantwortlich für die Agrarpolitik. Führen zu hohe Förderungen oder Preise zu Überproduktion, tragen sie gemeinsam mit den Genossenschaften die finanzielle Verantwortung für Gegenmaßnahmen.

Diese gleichberechtigte Verhandlungsrunde verschafft der Landwirtschaft eine vollkommen neue Diskussionsgrundlage, ein konstruktives „miteinander Arbeiten“ mit dem Staat, aber auch ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein für die Agrarpolitik, als es im hierarchischen System jemals möglich wäre.

Positive Bilanz

Vor nahezu 100 Jahren wurden die Weichen für das norwegische Modell mit partnerschaftlichen Verhandlungen und differenzierten Förderungen gestellt. Seit mehr als 30 Jahren, als Folge eines Bauernstreiks 1975, werden umfangreiche finanzielle Mittel vom Staat für die Umsetzung eingesetzt. Genügend Zeit also, um eine Bilanz über die Erfolge und Erfahrungen in Norwegen zu ziehen. Wurde das Einkommen angeglichen? Wurde die Betriebsstruktur erhalten? Gibt es Kritik?

Persönliche Gespräche mit politischen Vertretern, Wissenschaftlern und Landwirten lieferten eine durchweg positive Resonanz. Das Modell sei gut strukturiert, die Umsetzung praktikabel. Kritisiert werden im Besonderen fehlende finanzielle Mittel von Seiten des Staates, was in Zusammenhang steht mit fehlendem politischen Willen zur gezielten Förderung von kleinstruktureller Landwirtschaft durch die letzten Regierungen. Vor diesem Hintergrund lässt sich erklären, warum trotz gestaffelter Fördersätze die gleiche Betriebsentwicklung stattfindet wie in Deutschland. Die norwegische Landwirtschaft leidet unter der gleichen rasanten Betriebsaufgabewelle wie Deutschland in den vergangenen 30 Jahren, und auch hier

sind speziell die Kleinbetriebe betroffen. Regional und in Bezug auf die Produktionsrichtung dagegen scheint der Ausgleich in Norwegen zu funktionieren. Beim Vergleich der Einkommen (in Bezug zum Arbeitsaufwand) von Milcherzeugern gibt es beispielsweise nahezu keine Unterschiede, wo im Land die Milch produziert wird. Auch wirken die Förderungen ausgleichend auf unterschiedliche Produktionsrichtungen, wie ein Vergleich unterschiedlicher Produktionen im Jahre 2006 belegt.

Sponsert Öl die Landwirtschaft?

Nun stellt sich die Frage, ob Norwegen aufgrund seiner guten wirtschaftlichen Lage die Landwirtschaft durch andere Wirtschaftszweige (Erdöl und -gas) besser sponsern kann, als dies in Deutschland oder der EU möglich wäre. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass Deutschland im Schnitt sogar mehr Geld je Betrieb aufwendet als Norwegen, nämlich 30.261 Euro im Gegensatz zu 25.057 Euro in Norwegen (Stand: 2005). Das EU-Mittel lag bei 11.355 Euro.

Große Unterschiede gibt es in der Verteilung der Fördergelder: Während in Norwegen an 63 % der Betriebe 33 % der Summe der Direktzahlungen ausgezahlt wurden, erhielten 63 % der EU-Betriebe 2005 lediglich 5 % der Gesamtsumme. Auch die Zahl derer, die überdurchschnittlich hohe Förderungen erhalten, ist in der EU größer als in Norwegen: Mehr als 100.000 Euro Beihilfen in der EU bekamen 0,4 % aller Betriebe, der Anteil dieser „Prämienbarone“ betrug in Norwegen nur ein Zwanzigstel dessen, nämlich 0,02 %.

Ist das Modell übertragbar?

Natürlich ist Norwegen nicht gleich Deutschland oder die EU. Es gibt einige bedeutende Unterschiede zwischen den Staaten, die eine Übertragung des Agrarmodells nur bedingt ermöglichen:

■ Norwegen ist kein Mitgliedsstaat der EU und daher nicht an die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gebunden. Dadurch ist das Land einerseits freier in der Ausgestaltung der Politik, andererseits ist das Land ebenso wie die EU an internationale Abkommen wie der WTO gebunden und von internationalen Handelsbeziehungen abhängig. Die Rahmenbedingungen für die EU und Norwegen sind daher ähnlich. Norwegen kann damit durchaus als Vorreiter für die Erprobung neuer Modelle herangezogen werden.

■ Norwegen ist aufgrund reicher Erdöl- und Erdgasvorkommen ein wirtschaftlich starkes Land. Es stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, um regional-, sozial- und versorgungspolitische Ziele zu finanzieren.

Damit besitzt das Land genügend Spielraum, um neue Modelle zu erproben und gegebenenfalls Fehlschläge auszugleichen.

■ Norwegen ist ein dünnbesiedeltes Land. Während in Deutschland ca. 231 Einwohner je km² gezählt werden, sind es in Norwegen lediglich 13. Das Klima und die Topografie in Norwegen – die charakteristischen, hohen Gebirgsketten, tiefen Fjorde, unzähligen Inseln und arktischen Temperaturen im Norden – führen zu geringen Erträgen auf oft marginalen Standorten und weiten Entfernungen zu den Märkten. Ballungszentren gibt es im Vergleich zu Deutschland nur wenige; je weiter im Norden, desto dünner besiedelt ist die Landschaft. Eine konkurrenztaugliche Landwirtschaft wäre lediglich in den günstigsten Lagen im Süden und Osten des Landes möglich. Die Bedeutung der staatlichen Steuerung und Förderung der Landwirtschaft zur Erhaltung des Landschaftsbildes oder der Besiedelung im ganzen Land wird dadurch offensichtlicher, als im landwirtschaftlich günstigeren Deutschland. Auf EU-Ebene allerdings sind die



... und der Einsamkeit, die Straßen zu Weiden werden läßt.

Foto: Behrens

landwirtschaftlichen Bedingungen speziell nach dem Beitritt der osteuropäischen Staaten äußerst heterogen.

Zweifelsohne waren und sind die Voraussetzungen in Norwegen günstig, um das differenzierte Agrarförderungsmodell umzusetzen. Doch die Ergebnisse und Erfahrungen der vergangenen 30 Jahre haben gezeigt, dass es zu kurz gegriffen wäre, mit der Begründung der Besonderheit Norwegens dem System keine Beachtung zu schenken. Denn Norwegen hat nicht nur gezeigt, dass eine gezielte Förderung technisch möglich ist. Die Erfahrungen belegen auch, dass trotz internationaler Abkommen und einem Zusammenwachsen der Weltmärkte der einzelne Staat über ausreichend Autonomie verfügt, um nationale gesellschafts- und agrarpolitische Ziele zu verfolgen.

Gesine Behrens

Zucker in Brasilien

Auf der Suche nach hohen Renditen steigen immer mehr Zuckerkonzerne in den brasilianischen Markt ein: die französischen Unternehmen Louis-Dreyfus ebenso wie die Kuok-Gruppe aus Singapur, die Adeco Agro und die US-Multis Cargill und Clean Energy. Die Südzucker AG will über das Tochterunternehmen Hottlet South America die Zucker-Kunden in Drittländern beliefern. Fraglich, welche Bedeutung die hiesige Zuckerproduktion bei Fortgang dieser Entwicklung noch behalten würde...

pm

Kaum Biogemüse aus Ungarn

Obwohl das Land am Schwarzen Meer einer der Weltführer bezüglich zertifizierter Ökoflächen ist, wird nahezu kein Biogemüse oder Bio-Obst produziert. Die einheimische Landwirtschaft nutzt die Flächen hauptsächlich, um Bio-Gemüse für den Export in andere EU-Länder anzubauen.

pm

Der Kaffee für den täglichen Aufstand

Eine Initiative in Hamburg betreibt solidarischen Handel und unterstützt damit ein politisches System in Mexiko



Plakat

Quelle: Café Libertad

„GlobalGap“ mit Sozialstandards

Die deutsche Firma „Eurepgap“, die Qualitätsstandards für Lebensmittel definiert, hat sich in „GlobalGap“ umfirmiert und will nun auch soziale Standards berücksichtigen, so z. B. den Ausschluss von illegaler Beschäftigung und Kinderarbeit.
– pm

Fair gehandelte Ware und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind Werte, die auch beim Kauf von Waren aus Drittländern weiter an Bedeutung zunehmen. „Verbraucherinnen und Verbraucher kauften 2006 Fairtrade-Produkte im Wert von 110 Millionen Euro, das sind 50 Prozent mehr als im Vorjahr“, so die Fairtrade Labelling Organizations International (FLO). Fairhandelsinitiativen wie die Gepa, El Puente oder die dwp-Genossenschaft zahlen für Produkte aus Drittländern einen Preis, der über dem Weltmarktpreis liegt und zumindest die Produktionskosten der Landwirte decken soll. Für Kaffee zahlen unter dem Fair Trade Siegel vermarktende Unternehmen den Landwirten einen Mindestpreis von 1,21 USD plus einen Aufschlag von 10 Cent pro libra (454g) so Claudia Brück vom Verein Trans Fair.

Es muss noch weiter gehen

Dem „Café Libertad Kollektiv“ in Hamburg ist das noch zu wenig: „10 Cent sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber es muss weiter gedacht werden.“ Produkte, deren Siegel mit „sozialen Mindeststandards“ wirbt, werden auch von Handelskonzernen und Billiganbietern vermarktet, deren soziale Standards von Kritikern bemängelt werden. „Waren unter dem Fair Trade Siegel bei Nestlé, Starbucks oder Lidl zu verkaufen ist absurd“, so Stefan Paulus von Café Libertad. „Als Non-Profit Organisation distanzieren wir uns von solchen Geschäften“.

Kein kapitalistischer Handel

Café Libertad, die den Import und den Vertrieb solidarisch gehandelten Kaffees aus Mexiko organisiert, zahlt 1,60 USD/libra und will nach eigenen Angaben im Jahr 2008 auf 1,70 USD erhöhen. Neben fairen Preisen für Kaffeeproduzenten bewegt dieses Kollektiv ein politischer Gedanke: „Wir wollen keinen kapitalistischen Handel unterstützen“, so Stefan Paulus. Mit dem Verkauf des Kaffees aus dem Hochland von Chiapas, dem ärmsten Bundesstaat Mexicos, unterstützen sie die Freiheitsbewegung der Zapatisten, die im Kampf um indigene Rechte und Unabgängigkeit ein vom Staat unabgängiges System geschaffen hat. Angebaut wird der Kaffee dort von genossenschaftlich organisierten Kleinbauern, die mit ihren Familien in autonomen Gemeinden leben.

Wer sind die Zapatisten?

Sie sind die Basis einer Bewegung, die für indigene Rechte und Kultur kämpft und erstmals 1994 an die Öffentlichkeit trat. Laut Auswärtigem Amt zählen etwa 20 Prozent der mexikanischen Bevölkerung

zu den Indigenen. Damals wie heute sind jedoch soziale und kulturelle Bedürfnisse der indigenen Bevölkerung nicht in der mexikanischen Verfassung verankert, so Peter Clausing von der Menschenrechtsorganisation CAREA. Durch Großgrundbesitzer verdrängte Kleinbauern haben in dem globalisierten Marktwettbewerb keine Chance. Zusammen mit anderen Teilen der Bevölkerung Mexikos lehnen sich die Zapatisten gegen die Folgen der neoliberalen Globalisierung und Marginalisierung durch die mexikanische Regierung auf. Durch die Gründung von staatlich unabhängigen Verwaltungssystemen und Gemeinden kämpfen sie für Rechte und selbstständige Entwicklung der indigenen Bevölkerung.



zapatistischer Kleinbauer bei der Kaffeeernte;

Quelle: Café Libertad; Foto: Christos, Athen

Kampf um Autonomie und Würde

Bekannt wurden sie durch „Subcomandante Marcos“, der sich als Sprecher der Rebellen immer wieder an die Öffentlichkeit wendet. 1996 lud er die Welt zum „intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalisierung und für Menschlichkeit“. Laut Angaben des mexikanischen Geheimdienstes stammt Subcomandante Marcos aus der mexikanischen Mittelschicht und war Dozent an einer mexikanischen Universität. „Die Zapatisten kämpfen für eine radikale Gesellschaftsveränderung, in der es möglich ist, in Autonomie und Würde zu leben. Subcomandante Marcos hat von der zapatistischen Basis den Auftrag, ‚gehörnd zu regieren‘“, so Stefan Paulus. Stets maskiert auftretend, handelt er nach den Beschlüssen des „Geheimen Revolutionskomitees“, welches wiederum von der Gesamtheit der zapatistischen Gemeinden kontrolliert werde.

Keine politische Macht

Es geht der Freiheitsbewegung nicht um die Eroberung der politischen Staatsmacht. „Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern. Es genügt, sie neu zu schaffen“, lautet eine Botschaft. In basisdemokratisch verwalteten Gemeinden gründen sie unabhängig von staatlichen Einflüssen Schulen, Krankenhäuser, politische und kulturelle Zentren, um die Selbstständigkeit und Unab-

hängigkeit der indigenen Bevölkerung zu sichern.

Unterdrückung durch Militär

Doch der Kampf der Zapatisten stößt auch auf Unmut. In Mexiko regiert momentan die PAN (Partei der Nationalen Aktion), deren neuer Präsident, Felipe Calderon, nach offiziell umstrittenen Wahlen mit einer schwachen Legitimität im Amt sitzt. Mit dem neuen Präsidenten an der Spitze, der, so Peter Clausing, Hand in Hand mit dem Militär arbeite, kommt es in Chiapas und anderen Gebieten Mexikos neuerdings wieder verstärkt zu Festnahmen, Gewaltakten und Vertreibungen der indigenen Bevölkerung durch Soldaten der mexikanischen Armee und durch Paramilitärs. „LKW-Konvois des Militärs verunsichern die Bevölkerung, Soldaten werden an Straßensperren und in unmittelbarer Nähe von Gemeinden postiert. Immer wieder kommt es zu blutigen paramilitärischen Übergriffen und Vertreibungen der indigenen Bevölkerung. Durch solche permanente Drangsalierung soll die zapatistische Basis zermürbt werden“, beschreibt Clausing die Situation. Der letzte Übergriff ereignete sich am 11. September 2007, als neun Anhänger der Zapatisten einschließlich zweier Kinder von 50 Mitgliedern der regierungsfreundlichen „OPDDIC“, die sich laut Clausing unter anderem aus ehemaligen Paramilitärs zusammensetzt, angegriffen wurden. Dabei erlitten drei Männer schwere Verletzungen. Kurz darauf wurden sie „wie zum Hohn“, so Clausing, von der Staatspolizei festgenommen.

Mit welchen Mitteln wird gekämpft?

Die EZLN (Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) ist Teil der zapatistischen Bewegung und fungiert als „bewaffneter Arm“ zur Verteidigung und zum Schutz vor solchen Angriffen, so Stefan Paulus.

Der Aufruf zu nationaler und internationaler Solidarität über das Internet und der zivile Widerstand sind wichtige Kampfmittel der Zapatistas, so Clausing. Eine Aktion sei eine „menschliche Mauer“ gewesen, die indigene Frauen bildeten, um ihr Dorf vor dem Übergriff von Soldaten zu verteidigen.

Solidarischer Handel, wie er von „Café Libertad“ und „Café Rebellía“ aus der Schweiz betrieben wird, unterstützt die Arbeit der Zapatisten direkt durch gezielte Spenden und stärkt die Kleinbauern beim Aufbau einer ökonomischen Alternative und besserer lokaler Infrastruktur.

Marlene Herzog

Leserbrief

Das Strohfeuer mit dem Stroh

Viren saßen schon länger in den Tierfabriken

Die gefährlichen Formen der Geflügelpestviren sind ein Produkt der intensiven Massentierhaltungen. Das wissen Virologen und Epidemiologen seit langem. Trotzdem versucht der Geflügelwirtschaftsverband mit Hilfe verantwortlicher Wissenschaftler und Behörden, das Märchen von den gefährlichen Wildvögeln am Leben zu halten – eine haltlose Hypothese, für die es keine Belege gibt. Nun lässt sich die Co-Existenz der H5N1-Viren mit Enten in den mit Tausenden von Tieren voll gestopften Hallen nicht mehr leugnen. Sie besteht möglicherweise schon seit langer Zeit unbemerkt. Während Wildvögel akribisch beobachtet wurden, hat man



Vielleicht ist doch was dran am gesunden Leben der Freilandhühner
©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

bei den in Massentierhaltungen produzierten Masttieren viel zu wenige Stichproben gemacht, um dieser Infektionskette auf die Spur zu kommen. Wenn während eines Mastdurchgangs 5 Prozent der Tiere sterben, ist das sowieso im Bereich des Normalen. Das Interesse schien zu fehlen. Wozu auch – es ist doch viel gewinnbringender für die industriellen Großunternehmer, die gut abgeschoteteten Ställe zu loben und das Freilandgeflügel in die Ställe zu verbannen, nachdem der Ver-

braucher zunehmend Produkte aus artgerechter Haltung forderte und die der unsäglichen Tierhöllen ablehnte. So konnten auch immer wieder Erreger über infizierten Kot und sonstige Abfälle in die Natur und auf die Felder verbracht, dabei auch in die Gewässer ausgeschwemmt werden.

Seltsam ist nur, dass nun niemand vor den möglicherweise infizierten Produkten in den Supermärkten warnt. Ist das Virus vielleicht doch nicht so gefährlich, wie uns immer weisgemacht wurde?

Wir jedenfalls warnen vor der Willkür, mit der die natürliche, gesunde Freilandhaltung von Geflügel am 12. September durch eine

neue Verordnung weiterhin eingeschränkt werden soll zugunsten der Expansion von „Seuchenbrutanstalten“, denn anders kann man die krank machenden, düsteren, stickigen Hallen nicht nennen, in denen Hunderttausende von Hühnern, Puten und Wassertieren unter Dauerstress ihr Leben verbringen müssen. Wasservögel auf dem Trocken – eine beson-

ders grausame Tierquälerei! Der Preis für billige Massenware erscheint uns entschieden zu hoch, und wir hoffen, dass nun endlich den Verbrauchern und Politikern ein Licht aufgeht!

... und den Verantwortlichen für die Medien, möchte ich noch eindringlich hinzufügen.

Karin Ulich
Tierärztin
88138 Sigmarszell

Leserbrief

Der Milchindustrie-Verband hat erklärt, dass er kein Verhandlungsmandat für Preisverhandlungen mit dem Milch-Board hat. Nun stellt sich die Frage, mit wem soll der BDM in Zukunft über den Basispreis verhandeln. Nach einigen Überlegungen bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass es nur einen legitimen Vertreter der privaten und der genossenschaftlichen Milchindustrie geben kann und das ist eindeutig der DBV mit Gerd Sonnleitner an der Spitze.

Begründung:

Die genossenschaftlichen Molkereien sind beim Deutschen Raiffeisenverband organisiert und der ist bekanntlich ordentliches Mitglied des DBV mit Sitz und Stimme. Der Milchindustrieverband, der Verband der Privaten Milchwirtschaft sowie der

Zentralverband Deutscher Milchwirtschaftler sind assoziierte Mitglieder (das sind Mitglieder mit Sitz und Stimme) beim DBV. Alle Mitglieder, egal ob ordentlich oder assoziiert, haben bei der Wahl von Gerd Sonnleitner zum Präsidenten des DBV mitgewählt. Herr Sonnleitner hat in der Vergangenheit auch schon oft bewiesen, dass er die Interessen der Milchindustrie sehr wirksam vertreten kann.

Der BDM sollte deshalb in Zukunft nicht mit dem Milchindustrieverband, sondern logischerweise mit Herrn Sonnleitner vom DBV über einen Milch-Basispreis verhandeln !!

Viele Grüße

Andreas Remmelberger
Reit 17, 84508 Burgkirchen

Ein Wiedersehen

Manchmal begegne ich Kumpels, die ich lange nicht gesehen habe. Eine Zeit lang gingen wir fast gemeinsam durchs Leben, dann verloren wir uns aus den Augen und wenn wir uns wieder treffen, ist es oft seltsam wie weit uns das Leben auseinander katapultiert hat.

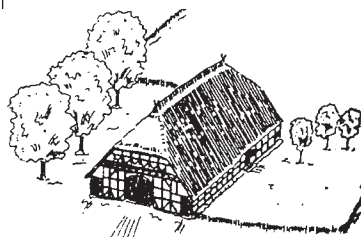
Neulich traf ich Jogi. Wir spielten zusammen Fußball im Verein. Jogi war unser Torwart und ein Supertyp. Er hatte einen trockenen Humor, ein freches Grinsen und war ungeheuer schlagfertig. Im Feiern war er ganz groß. Wo Jogi war, herrschte gute Laune, obwohl sein Vater ein Säufer war.

Als die Zeit des Jugendfußballs vorbei war, riss der Kontakt zwischen Jogi und mir ab. Er wurde auch Bauer so wie ich. Er Stahlbetonbauer, ich Kuhbauer. Jogi zog ins Nachbardorf. Jahrelang sah ich ihn nicht. In der Zwischenzeit starb sein Vater. Er hatte sich regelrecht totgesoffen.

Irgendwann hörte ich, Jogi ginge es nicht gut. Er habe seine Arbeit verloren, weil er saufe. Genau wie sein Alter. Er sei wieder bei seiner Mutter eingezogen. Dann sah ich ihn gelegentlich mit dem Fahrrad durchs Dorf fahren. Unglaublich, er fuhr noch immer sein cooles Rad mit dem hochgebogenen Lenker. Ich grüßte. Er grüßte. Im Vorbeifahren sah er gar nicht

so schlecht aus.

Kürzlich fuhr ich vormittags mit unserem Pickup durchs Dorf. Ich kam gerade von meiner Kuhkontrolltour durchs Moor, da bemerkte ich eine Bewegung hinter der Leitplanke. Ich hielt an und sah nach. Es war Jogi. Er lag unter seinem Rad und konnte nicht mehr aufstehen. Natürlich



... aus Schleswig-Holstein

war er genau in Hundescheiße gefallen. Wer am Bürgersteig fällt, landet immer in Hundescheiße.

„Jogi, was ist los?“ „Ach Matthias, kannst du mir helfen? Ich komm nicht hoch...“ „Komm Jogi, ich bring dich nach Hause.“ Vorne in seinem Mund gab es keine Zähne mehr. Seine Haut war wächsern und blass, sein Blick gebrochen. Er schlug die Augen nieder. Ich lud sein Rad ein, dann half ich Jogi hoch und brachte ihn zu meinem Wagen. Natürlich fürchtete ich, er würde die Sitze mit Scheiße verschmutzen, aber ich gab mir einen Ruck und beschloss das zu ignorieren. Sein Leben ist verpfuscht und ich rege mich über mein armseliges Auto auf. Sofort hasste ich mich auch für diesen selbstgerechten Gedanken. Es geht einem immer bloß um einen selbst. Das ist das Problem. Das und nichts anderes.

Wir saßen im Wagen und er begann zu erzählen. Er war beim Ein-Euro-Job gewesen. Einer hatte Geburtstag und da haben sie gefeiert. „Morgens um sieben haben wir angefangen und jetzt hab ich sieben Promille! Sieben ist meine Glückszahl!“

Beim Haus seiner Mutter angekommen, stieg Jogi aus und schlug lang hin. Zum Glück nicht auf die Gehwegplatten, sondern mit dem Kopf auf den Rasen. Da öffnete seine Mutter die Tür, sah mich traurig an und sagte: „Das ist nett, Matthias. Wo hat er denn heute gelegen?“ Jogi zog sich an mir hoch und ich brachte ihn rein. „Schlaf dich erst mal aus, Jogi.“, sagte ich mutlos. Und er erwiderte: „Vielen Dank, Matthias. Grüß deine Frau und deine Kinder. Und ich werde mich erkenntlich zeigen. Ich geb mal einen aus.“

Seine Mutter schüttelte den Kopf und ich fühlte mich hilflos wie selten. Sie schloss die Tür und mir stiegen Tränen in die Augen. Einen Augenblick stand ich da und grübelte, dann riss ich mich los. Schließlich hatte ich noch einiges auf dem Zettel.

Grübeln aber tu ich immer noch.

Klara und Marie – Eine Lebensgeschichte

Der Bauer, die Frau, sein Anwalt und die Anderen

Wenn es mal wieder länger dauert auf dem Trekker. 12 Stunden Hör-genuss. Auch wenn man am Beginn des Hörbuchs etwas Zeit braucht, bis man sich in die Norddeutsche Moorlandschaft eingefunden hat, die Nachbarn der van Borstels kennt und sich an den Erzählstil gewöhnt hat. Der handelt sich nämlich nicht à la Tatort an dem Mord von Borstels Frau entlang, sondern nimmt sich Zeit, die verschiedenen Charaktere zu entwickeln und einzuführen. So manches Detail und kauzige Eigenschaften kommen so zum Vorschein.

Der Bauer, die Frau, sein Anwalt und die Anderen
Sprecher: Callsen, Manfred
Verlag: RADIOROPA
Hörbuch
ISBN: 978-3-86667-002-0
Preisinfo: 12,80 Euro
zu beziehen über den
AbL-Verlag

Zwei Frauen, Schwestern blicken auf ihr Leben zurück. Marie (1915–2001) und Klara (*1924) wachsen in einem Tal der Schwäbischen Alb auf, wo der Vater eine Mühle betreibt. Viel zu früh müssen die beiden Brüder das Erbe des Vaters antreten. Die wasserbetriebene Mühle ist inzwischen vom Getreidemahlen auf den Sägebetrieb umgestellt. Dann kommt der Krieg und der Verlust der beiden Brüder, irgendwo in Russland. In der Folge übernehmen die beiden Frauen den Betrieb. Klara übernimmt fortan den Sägebetrieb. Sie kennt alle Handgriffe, hört die Melodie des Sägegatters und sägt bis heute Bretter und Balken aus den Bäumen der Umgebung. All dies ist nur möglich weil die Schwester die Verantwortung für den Haushalt und die Landwirtschaft über-

nimmt. Das Leben der beiden Frauen ist einfach. Geprägt durch die tägliche Arbeit, Pflichterfüllung. Trotzdem kommt bei den Erzählungen der Frauen nie das Gefühl von Unzufriedenheit auf. Schicksalsergeben, eigenständig und aktiv. Eine ganz eigene Faszination ausstrahlend, wenn Klara berichtet, nie von dem Hof fort gewesen zu sein.

Ein tolles, zum Nachdenken anregendes Buch mit schönen Fotografien, dessen Inhalt so gar nicht in unsere schnelle Zeit passen will.

Eberhard Neubronner/Rudolf Werner
„Der Herrgott weiß, was mit uns geschieht“, Silberburg-Verlag,
120 Seiten, 92 Abbildungen,
ISBN: 978-3-87407-764-4, 22,90 Euro



Mit Mistgabel und Federboa – Farmer John

Wie „Fast Food Nation“ und „We feed the world“ Missstände unserer Gesellschaft enthüllen, zeigt der Film „Farmer John“ nun ein Positivbeispiel für das Leben auf unserem bedrohten Planet Erde. Der Regisseur Taggart Siegel verarbeitet gesammeltes Archivmaterial aus 50 Jahren des intensiven Lebens John Petersons. Ein Leben voller Erfolge und Niederlagen, voller Verzweiflung und Hoffnung in unserer Welt, die den Gesetzen der Marktwirtschaft unterliegt und in der keine romantischen Träume Wirklichkeit werden. Doch mit Mut zum Neuanfang, Tatendrang und Kreativität hat sich John mit seiner biologisch-dynamisch geführten Gemüsegarten „Angelic Organics“ solch einen Traum erfüllt.

Nach dem Tod seines Vaters übernimmt John schon in jungen Jahren die gut geführte und ertragstüchtige Farm, die

Wohnstätte dreier Generationen ist. Trotz der anspruchsvollen Hofarbeit besucht er in den 70er Jahren das College. In der Zeit der Hippies und Friedensbewegungen wird die Farm für seine Studienkollegen zu einem Treffpunkt für Kunst und neue entdeckte Lebensformen. Seine künstle-



rische Ader und die damit verbundenen persönlichen und wirtschaftlichen Ab-

stürze bringen ihn mehrmals an den Rand des persönlichen Ruins. Nach Lehr- und Wanderjahren, Höhen und Tiefen in seinem aufwühlenden Leben verwandelt er schließlich mit der Liebe zur Bauernarbeit, der Wertschätzung der Natur und viel Energie die Farm in einen der größten ökologisch bewirtschafteten Direkterzeuger-Hof in den USA.

Der Film wurde mit zahlreichen Preisen im In- und Ausland ausgezeichnet und gewann unter anderem die renommierte „Goldene Schnecke“ beim Slow Food Film Festival in Italien.

Mit Mistgabel und Federboa – Farmer John (The Real Dirt on Farmer John)
USA 2006
83 Minuten
Regie: Taggart Siegel;
Produzent(en): Teri Lang, Taggart Siegel;
mit John Peterson

Lieselotte lauert

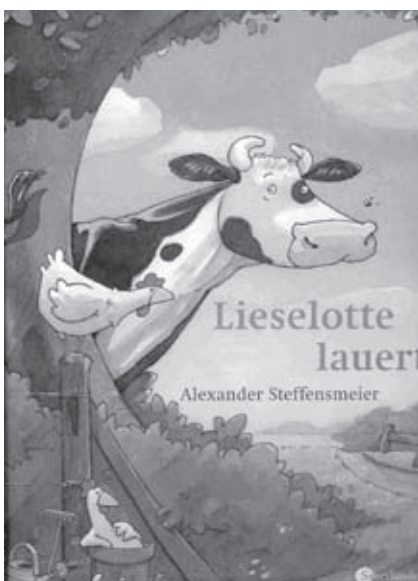
Hennen, die entspannt in der Regenrinne liegen und Limo trinken. Kleine Vögel, die auf der Sitzstange vor ihrem Nistkasten Trampolin springen... Das gibt es nicht nur in der schwedischen Landidylle von Petterson und Findus. Auch der ostwestfälische Illustrator Alexander Steffensmeier zeichnet solche Hof-Wimmelbilder mit viel Humor. Seine sympathische Hauptfigur ist die Kuh Lieselotte. Offenbar die einzige ihrer Art auf dem Hof, der belebt wird von allerlei Federvieh und einigen Schweinen. Dazu gibt es noch eine Bäuerin in grüner

Latzhose, die beherzt Trecker fährt und den Laden auch sonst schmeißt. In diesem nahezu perfekten Idyll kleinbäuerlicher Gruscteligkeit frönt Lieselotte einem besonderen Zeitvertreib: Sie lauert dem Postboten auf und erschreckt ihn zu Tode. Das beschert ihm schreckliche Albträume und der Bäuerin kaputte Pakete. Dabei ist Lieselotte nicht wirklich boshaft. Eher treudoof. Ein richtiges Rindvieh eben. Der geplagte Postmann und die genervte Bäuerin sinnieren auf Abhilfe... Und natürlich geht die Geschichte gut aus. Dass Steffensmeier mit seinen Bildern die Charakterzüge der Kuh Lieselotte so sicher trifft ist sicherlich nicht zuletzt begründet durch sein „Kuh-nahes“ Aufwachsen, wie er es nennt. Ausgezeichnet wurde Liese-

lotte inzwischen auch schon. Sie erhielt das „Buxtehuder Kälbchen“, d.h. die Kinder der Buxtehuder Kindergärten wählten das Buch zu ihrem Lieblingsbuch aus. Und eine Fortsetzung gibt es seit Juni 2007 auch. Da treibt es Lieselotte in den Schnee. Für alle kleinen und großen Freunde lustiger Bilderbücher eine wahre Entdeckung aus Ostwestfalen.

we

Alexander Steffensmeier: Lieselotte lauert, Sauerländer, 2006, Bilderbuch, 32 Seiten, 23 x 30 cm, 13,90 Euro, ISBN: 978-3-7941-5108-0, zu beziehen über den AbL-Verlag
Illustrator: Steffensmeier, Alexander



Farben. Mehr als nur bunt.

Farben haben nicht nur Einfluss auf unseren Gemütszustand, sie können unserer Gesundheit auch einen erheblichen Schaden zufügen, wenn sie auf Erdölbasis hergestellt sind. Viele Menschen setzen sich unbewusst in ihren eigenen vier Wänden tagtäglich Giftstoffen chemischer Lacke und Farben aus. Dieses Buch präsentiert neben umweltfreundlichen Alternativen zur Behandlung von Wänden, Möbeln und Gestaltungsobjekten, Anregungen zur Farb- und Raumgestaltung. Neben einem kleinen Exkurs in die Geschichte der Farben und ihrer natürlichen Herkunft bieten die Autoren eine vielfältige Auswahl an Rezepturen für Anstriche aus Rohstoffen wie Quark, Kalk, natürlichen Pigmenten, Leinöl u.a., die für jeden leicht zu beschaffen oder herzustellen sind. Es werden vielfältige, kreative Möglichkeiten von der Holz- und Fußbodenbehandlung über Gestaltung von Wänden bis hin zur feinen Freihandmalerei vorgestellt. Neben verschiedenen Behandlungs- und Färbetechniken gibt das Buch Anregungen zur harmonischen Raumgestaltung durch natürliche Materialien und Farben. Ansprechende Farbfotos begleiten den Leser durch mediterrane Lebenskunst über Landhaus-Atmosphäre, klassischen Stil bis hin zu den minimalistischen Formen des modernen Designs. Im letzten Kapitel geben die Autoren einen kurzen Einblick über die Wirkung von Farben auf Körper und Seele des Menschen und die damit

verbundenen Möglichkeiten zum gezielten Einsatz im eigenen Heim. Das Buch bietet vielfältige Möglichkeiten, den Gedanken an Umwelt und Gesundheit in die eigenen vier Wänden zu tragen. Unabhängig davon inspiriert es denjenigen, der Wert auf Behaglichkeit und individueller Gestaltung der eigenen Behausung legt. Dieses Buch macht Lust auf Wände streichen.

mb

Naturfarben Handbuch
Lynn Edwards/Julia Lawless
191 Seiten, 190x290 mm,
Verlag Ökobuch,
ISBN 978-3-922964-92-6
ca. 29,90 Euro
zu beziehen über den AbL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe 2007 2006 2005 2004 2003 2002 2001
19,80 € 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €
.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € _____ €
.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € _____ €
.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €
.... **Kuhpostkarten Teufelsmoor**, 10 Postkarten 10,00 € _____ €
weitere Bücherwünsche:

zugl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. BLZ Bank

Telefon ggf. E-Mail

Name Adresse

Datum Unterschrift

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Schafzucht

Dieses Buch behandelt ausführlich alle Aspekte der Schafhaltung. Aus historischer und gegenwärtiger Sicht wird die Schafhaltung in Deutschland betrachtet und erstmalig ausführlich die unterschiedliche Bewirtschaftung der Schafbestände in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum von 1950 bis 1990. Die Komplexe Abstammung, Züchtung, Fortpflanzung, Fütterung und Haltung werden unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Erkenntnisstandes ebenso gründlich behandelt wie die Erzeugung und Vermarktung von Lammfleisch und Wolle. Außerdem werden die verbesserten Möglichkeiten der Landschaftspflege mit Schafen in Deutschland erörtert. Schließlich werden betriebswirtschaftliche Aspekte der verschiedenen Haltungsformen aufgezeigt sowie die Erkennung und Behandlung der wichtigsten Schafkrankheiten.

Schafzucht. Knut Strittmatter.
2004. 384 S., 28 Farb. auf
Tafeln, 182 sw-Abb., 130 Tab.,
geb. ISBN 978-3-8001-3192-1.
44,90 Euro



Lebensphilosophie in der Küche

Jeder hat sie. Kaum einer denkt über ihre Geschichte nach. Und die gibt es. Von der großen bäuerlichen Essküche über die funktionelle „Frankfurter Küche“ bis zur individuellen Designerlösung in Lack. Zum Kochen waren die unterschiedlichen, vom Zeitgeist und dem jeweiligen Wertebild geprägten Küchenformen nicht immer optimal. Der Raumgestalter Otl Aicher nähert sich in seinem Buch mit der Vorgabe, eine Werkstatt der Lebenskultur schaffen zu wollen. Zu wichtig sei das Essen und die Essensbereitung, als dass man sie in eine kleine, unpraktisch eingerichtete Nische im Haus abschieben dürfe.

Systematisch entwickelt der Autor die verschiedenen Ansprüche, die eine Küche erfüllen muss.

Die Wege zwischen Herd, Kühlschrank und Arbeitsplatte. Die schnelle Erreichbarkeit von Töpfen, Pfannen und Küchenwerkzeug, das nicht irgendwo hinter Türen versteckt sein muss. Die Küche nimmt Gestalt an. Ein Buch über die Küche. Mehr als nur ein Ort der Essenszubereitung. mn

Die Küche zum Kochen, Otl Aicher, 111 Seiten mit vielen Abb. 14 x 17 cm gebunden, ISBN: 3-936896-18-6, 22,00 Euro, zu beziehen über den AbL-Verlag



Woher?–Wohin?

Ein Buch mit Beiträgen zur Geschichte, Wandlung und Zukunft des ökologischen Landbaus, die Folgen der Konventionalisierung und mögliche Alternativen. Diskutiert wird die Gefahr der Reduktion der ökologischen Landwirtschaft auf eine reine Verfahrenslehre. Viele Anregungen zur politischen und gesellschaftlichen Reflexion.

Ökolandbau – mehr als eine Verfahrenslehre?
Katrin Hirte, Katharina David, Julia Carolin Hesshaus,
Charlotte Hohls, Janina Schütte (Hg.)
Verlag: metropolis
280 Seiten; 22,80 EUR
ISBN: 978-3-89518-612-7
zu beziehen über den AbL-Verlag

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme November 2007 ist am 17. Oktober 2007.

Gesamtkonzept Landwirtschaft

AGRI TECHNICA Halle 11 E 03
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

...natürlich mit

PLOCHER

www.plocher.de

PLOCHER-Büro Nord: ☎ 05149-98762

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen,
☎ 07551-63609

Informationsdienst Gentechnik

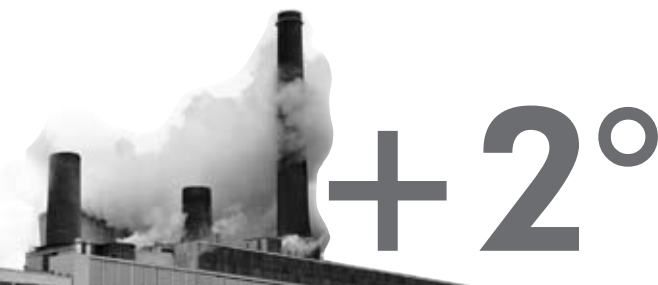
Alles zum Thema gentechnikfreie Landwirtschaft: Nachrichten, Termine, Aktionen, Hintergründe

Informieren Sie sich in unserer Online-Bibliothek zu den Themen Anbaupraxis, Saatgut, Gentechnikfreie Regionen, Futtermittel

Rufen Sie uns gerne an, wenn Sie Fragen zur gentechnikfreien Landwirtschaft haben!

>> **www.keine-gentechnik.de** <<

E-mail: info@keine-gentechnik.de - Tel.: 030/28 48 23 04

**Die Grad-Wanderung unseres Klimas**

Wenn sich unser Klima um mehr als 2 Grad erwärmt, droht uns eine Kettenreaktion von Katastrophen. Die Folgen der globalen Erwärmung, wie z.B. Überschwemmungen, Wirbelstürme und Krankheiten, sind dann nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Um knapp 1 Grad ist die Durchschnittstemperatur bereits gestiegen. **Höchste Zeit zu handeln!**

www.bund.net/klimaschutz

Fordern Sie
unser Infopaket an:
www.bund.net



Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Fax 030 275 86-440
info@bund.net

Veranstaltungen**außerfamiliäre Hofübergabe**

05. bis 07. Oktober 2007,
Pappenheim/Bayern
Die agrarpolitische Informationsveranstaltung zeigt anhand praktischer Beispiele Möglichkeiten auf, wie die Hofübergabe an außerfamiliäre Nachfolger realisiert werden kann. Das Angebot richtet sich an interessierte Bäuerinnen und Bauern, die bereit sind, ihren Hof in andere Hände zu geben, ebenso wie an junge Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen möchten. Das Seminar soll informieren, aber auch Mut machen, den Hof außerhalb der Familie abzugeben, bzw. den Einstieg in die praktische landwirtschaftliche Tätigkeit zu wagen.
Evangelische Landjugendakademie, Claudia Leibrock, ☎ 02681 9516-46, Fax: -70206, leibrock@lja.de

Liberalisierung der Reismärkte

15. Oktober 2007, Berlin
„Brot für die Welt“ lädt zum Fachgespräch „Liberalisierung der Reismärkte gefährdet das Recht auf Nahrung“. Vorgestellt werden Fallstudien zum Thema Reis in Ghana, Honduras, Indonesien und Sri Lanka, die erstmals detailliert untersuchen, wie sich makropolitische Weichenstellung konkret auf Dorf-Ebene und die Betroffenen auswirkt. Eine Podiumsdiskussion über Menschenrechts-Strategien gegen Handelsliberalisierung schließt sich an, ebenso wie die Möglichkeit, Näheres über die Lobbyaktivitäten der Brot-für-die-Welt-Kampagne „niemand ist für sich allein“ zu erfahren.
Programm: www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung/downloads/fachgesprach_reismaerkte.pdf, Anmeldung: Brot für die Welt, Carolin Callenius, Bernhard Wiesmeier, ☎ 0711 2159-741 od. -491, Fax: -8741, ernaehrung@brot-fuer-die-welt.de

Internationale Lebensmittelmärkte im Umbruch

15. Oktober 2007, Berlin
Bei der Fachtagung „Auswirkungen der Nachfragemacht der Supermärkte auf den Süden“ sollen weniger die mikroökonomischen Anpassungsstrategien im Vordergrund stehen, sondern ein besseres Verständnis der entwicklungspolitischen Dimensionen.
Anmeldung bis 10.10.07: g+h communication, ☎ 030 2362460-3, Fax: -4, info@gundh.com

Intensivseminar „proBIOGAS“

17. bis 25. Oktober 2007,
Wolpertshausen
Bundesweites Qualifizierungsprojekt für Betreiber von Biogas-Anlagen mit praktischen Übungen und Exkursionen.
IBBK, ☎ 07954 92620-3, Fax: -4, www.biogas-zentrum.de/ibbk

Abl Rheinland-Pfalz/Saarland Wachsende Rohstoffe

21. Oktober 2007, *Altenkirchen*
Die gemeinsame Tagung von BAG Ev. Jugend im ländlichen Raum, Abl Rheinland-Pfalz/Saarland und dem Verband der Landwirte und

Winzer im Nebenberuf e.V. – Bauernbund (VLN) Rheinland-Pfalz-Saar mit dem Titel „Nachwachsende Rohstoffe und ländliche Entwicklung“ beschäftigt sich mit der Frage, wie viel Anbau von nachwachsenden Rohstoffen sinnvoll ist und wie die bäuerlichen Strukturen dabei gestärkt werden können. Die Themen sind: Potenziale nachwachsender Rohstoffe (Hans-Bernd Hartmann, Zentrum für Nachwachsende Rohstoffe, Haus Düsse), Energieeinsparung und nachhaltige Produktion von Energie (Dr. Andrea Beste, Mainz), Biogas und die Folgen für den Pachtmarkt in einer Mittelgebirgsgegend (Alfred Hauer, Biogasbetreiber, Niederweiler), Bio-Energiezentrum Raiffeisenland (Bauern organisieren eigene Energieerzeugung) sowie Podiumsdiskussion: Können die nachwachsenden Rohstoffe zu einer Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe führen? mit: Ulrike Höffken (Bündnis 90-Die Grünen, MdB), Julia Klöckner (CDU, MdB) angefr., Thorsten Wehner (SPD, MdB), Ralf Wey (Vorsitzender Abl Rheinland-Pfalz/Saarland).
Anmeldung bis 15.10.07: Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Jugend im ländlichen Raum, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, leibrock@lja.de, www.bagejl.de

Lernort Bauernhof

01. bis 04. November 2007,
Altenkirchen
Wie arrangiere ich ein Lernmodul auf einem Bauernhof, welche Projekte können Möglichkeiten der Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen eröffnen?
Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681 9516-46, Fax: -70206, leibrock@lja.de

Züchtertagung Schwarzbuntes Niederungsirind

03. November 2007,
Grebenstein
4. Frankenhäuser Züchtertagung zur Zucht der Schwarzbunten Niederungsirinder mit Besichtigung der Rinderherde der Hessischen Staatsdomäne Frankenhäuser.
Prof. Onno Poppinga, ☎ 05673-3540, poppinga@uni-kassel.de

Bioland

Direktvermarktertagung
05. und 06. November 2007,
Kloster Plankstetten/Berching
Bioland Tagungsbüro, Annette Stünke, ☎ 04262 9590-60, Fax: -50, tagungsbuero@bioland.de

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung

07. und 08. November 2007,
Altenkirchen
Die Tagung zeigt Möglichkeiten zur Schaffung solcher Arbeitsplätze auf landwirtschaftlichen Betrieben.
Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681 9516-46, Fax: -70206, leibrock@lja.de

Nachhaltige Nutzung von Biomasse

08. November 2007, *Großenhain*
9. Fachsymposium „Umwelt und

Raumnutzung“ des Sächsischen Landesamtes
Anmeldung bis 26.10.07: Fax: 0351 8928-402, Evelin.Gutt@smul.sachsen.de, Infos: Herr Moormann, ☎ -322, Christoph.Moormann@smul.sachsen.de od. Frau Gutt, ☎ -427

Wenn die Wege weit werden

09. und 10. November 2007,
Bad Herrenalb
Die Tagung stellt sich der Problematik bedrohter Infrastruktur auf dem Land und entwickelt Strategien.
Ev. Akademie Baden, ☎ 0721 9175-382, Fax: -350, www.ev-akademie-baden.de

Erfolgreich in die Zukunft

09. bis 11. November 2007,
Altenkirchen
Mit Hubert Redelberger als Referent die Situation des eigenen Betriebes, der Vermarktung und der Zukunftschancen des ökologischen Landbaus überprüfen.
Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681 9516-46, Fax: -70206, leibrock@lja.de

Gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft

Treffen Gentechnikfreier Regionen und Initiativen
16. und 17. November 2007,
Hofgeismar
Über 100 gen.freie Regionen gibt es inzwischen in Deutschland. Die Tagung bietet Erfahrungsaustausch und Perspektiven für alle, die sich für eine gen.freie Land- und Lebensmittelwirtschaft einsetzen bzw. beruflich/ehrenamtlich am Thema arbeiten. Die Themen: Patente: Folgen für die Landwirtschaft (Ruth Tippe, „Kein Patent auf Leben“), Überblick gen.freie Regionen in Deutschland (Annamarie Völling, Koordination Gen.freie Regionen in Deutschland), Gen.freies Futter (Peter Hamel, Gen.freie Region Stornsdorf), Gen.freies Saatgut (Siegrid Herbst, IG gen.freie Saatgutarbeit), Sicherung gen.freier Rohstoffe (Georg Sedlmaier, tegut; Roland Demleitner, Private Brauereien Deutschland e.V.; Franz Möllers, Bioladen Stirper Mühle), rechtliche Diskussion (Katrin Brockmann, Rechtsanwältin), politische Diskussion (Heike Moldenhauer, BUND; Georg Janßen, Abl) sowie drei parallele Gesprächsrunden: Sicht von Kommunen, Naturschutz und Tourismus; Rolle der Erzeuger und Verarbeiter. Dazu Infostände und der Film „Gift im Angebot“ mit Regisseur Manfred Ladwig.
Anmeldung bis 09.11.07: Ev. Akademie, ☎ 05671 881-122, Fax: -154, www.akademie-hofgeismar.de

Grüne Gentechnik

21. November 2007,
Schloss Heynitz/Sachsen
Eine Tagung für Bauern, Gärtner und Imker
Anmeldung bis 21.10.07: Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen, ☎ 035203-31816, Fax: 0180-3551873710, Tagung@sachsen-gentechnikfrei.de

Agrarpolitische Tagung und Bundesmitgliederversammlung 2007

Bauern & Bäuerinnen bewegen Märkte

Qualität, Faire Preise, Solidarität.

Einfluss auf politische Machtstrukturen

Fr., 23. bis So., 25. November 2007

Evang. Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald



Agrarpolitische Tagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landjugend

Freitag, 23. November 2007

17.00 Uhr: Anreise. 18.00-19.30 Uhr: Abendessen

19.30 Uhr: Podiumsdiskussion **Marktentwicklung und Agrarpolitik. Am Beispiel Milch**
Mit Vertretern des BDM, der Verbraucherverbände, der Politik und der Wissenschaft**Samstag, 24. November 2007**9.00 Uhr: Diskussions-Foren: **Auf die Bewegung kommt es an**

Forum I: Gentechnikfrei - Es bleibt dabei!

Futtermittel ohne Gentechnik. Gentechnikfreier Anbau, Gentechnikfreie Regionen

Forum II: Energie und Klima: Landwirtschaft zwischen Tank und Teller?
Potenziale der bäuerlichen Landwirtschaft für wirksamen Klimaschutz.Forum III: Faire Preise, Ländliche Entwicklung, Gerechter Handel
Anforderungen an eine zukunftsfähige Agrarpolitik und an den EU-„Gesundheits-Check“**14.00 Uhr: AbL-Bundesmitgliederversammlung**

Berichte des Verlages, Finanzbericht, Berichte der Kassenprüfer, des Geschäftsführers

Berichte des Vorstands: **Turbulenzen auf den Märkten und in der Agrarpolitik - auf die Bewegung kommt es an.** Maria Heubuch und F. W. Graefe zu Baringdorf

Aussprache, Beschlussanträge, Schlussworte

Sonntag, 24. November 2007: Andacht, Frühstück, Abreise**Information/Anmeldung:** Programm, Informationen, Anmeldungen bei: AbL e.V.,
Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381-9053171, Fax: -492221, info@abl-ev.de

Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

NiedersachsenLandesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn,
Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieiders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859

Brandenburg: Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161**Nordrhein-Westfalen**

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;

Mühlal: Martin Trieschmann, Tel.: 06151/145480,

m.trieschmann@t-online.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;

Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen,

Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz,

Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;

www.abl-bayern.info

Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer,

Tel.: 08847/804,

Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger,

Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039

Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,

Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,

E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,

Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 87,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 122,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 32,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 57,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

„Wir sind wieder wer“

Eine dunkle, mondlose Nacht, keine Sterne, keine Straßenlaterne (die drei im Dorf vorhandenen schaltet der stellvertretende Bürgermeister um 22.00 Uhr aus) Ein nachtblauer, fernöstlicher Geländewagennachbau eines deutschen Traditionsfabrikats rollt am Ortseingang aus. Drei Personen in anthrazitschlamm gemusterten Tarnanzügen nähern sich einem Gebäude auf einem Hof und dringen lautlos ein. Es ist der Kuhstall, 45 schlafende oder wiederkäuende, dabei manchmal zufriedene Schmatz-, Rülps- und Seufzlaute von sich gebende Großtiere verteilt in ihren Strohbetten, sonst ist alles still. Die widerrechtlichen zweibeinigen Eindringlinge zücken fernöstliche Kamera nachbauten eines deutschen Traditionsfabrikats und fotografieren jedes einzelne Tier. Einige von denen lässt das völlig kalt, andere zucken ob des Blitzes einmal zusammen, die ganz ängstlichen, rangniedereren, stehen schwerfällig auf und glotzen. Dann verschwinden die Fotografen ebenso lautlos, wie sie gekommen sind. Niemand hat etwas gesehen, außer den vierbeinigen Objekten der Begierde. Sie wurden soeben Opfer der perfidesten neuzeitlichen Form der Auseinandersetzung zwischen Kulturen und Völkern – der Produktpiraterie.

So wird es sich zutragen, wenn die derzeitige Stimmung weiter steigt. Wer hätte das gedacht, noch vor wenigen Wochen hätte niemand auch nur einen Pfifferling auf die Wirtschaftskraft eines landwirtschaftlichen Betriebes gegeben und plötzlich wird sich

interessiert. Steigende Milchpreise, Goldgräberstimmung. Das Online-Magazin Focus Campus geht als erstes in die Offensive und propagiert in einer seiner letzten Ausgaben das Geschäft mit der eignen Kuh. „106 Prozent Aufschlag auf den ersten Einkaufspreis – diese Wertschöpfungskette könntest Du selbst ab-

Kuh rund ums Jahr betreuen soll (12,50 Euro pro Stunde) Um den Gewinn noch zu erhöhen, könne man aber auch selbst Hand anlegen, wird geraten, und damit den Bauern sparen. „Zugegeben: Wirklich reich wird man mit einer einzigen Kuh nicht – und sicherlich gibt es spannendere Anlagemöglichkeiten... Um wirklich an die dicke Kohle zu kommen, sollte der Milchpreis sehr bald und drastisch steigen – oder ihr kauft eine zweite, dritte, vierte Kuh dazu...“ Hey, was wird man dann erst mit 45 Kühen – Millionär? Karriere machen in der Landwirtschaft ist wieder möglich, wir sind wieder wer! Und damit nicht genug: es wird uns auch noch gegönnt: Eine Umfrage in der Bevölkerung hat ergeben, dass die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher die steigenden Preise okay finden, wenn denn das Geld bei den Bäuerinnen und Bauern ankommt. Reich werden und beliebt sein, ein Dasein auf der Sonnenseite des Lebens, wer hätte gedacht, dass uns das noch mal vergönnt sein wird. Hauptsache uns vermas-



Nachbauten: immer irgendwie anders

Foto: Redaktion

schöpfen: selbst melken – und fertig“ Geht man davon aus, dass das Magazin vornehmlich die ambitionierten Studentinnen und Studenten der Karrierefächer mit Pioniergeist erreicht, ist davon auszugehen, dass hier Trends gesetzt werden. Focus Campus entwirft einen „Businessplan für Deine Milchfabrik“ und kommt zu dem Schluss, dass 1.258 Euro Gewinn für den Junior-Kuh-Manager am Ende des Jahres übrigbleiben. Davon sind auch schon 875 Euro für den Bauern abgezogen, für welche der die

seln nicht so ein paar fortschrittsgläubige Gentech-Agraristen die Tour. Schließlich gönnen die Leute nur dem guten Bauern die Kohle. Und wie der zu sein hat, davon haben sie auch eine sehr genaue Vorstellung. Das können wir uns dann später mal angucken, wenn die Produktpiraten aus Fernost bei sich das Erfolgsmodell bäuerliche Landwirtschaft sensationell authentisch kopiert haben.

CS

unabhängige bauernstimme: für bäuerliche Originale

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221